Günter Routhier muss gerächt werden !

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 25 vom 22. Juni 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig



Genosse Günter Routhier

"Wenn ich sterbe, sagt ihnen die Wahrheit: Die Polizei hat mich erschlagen!"

Genosse Günter Routhier, 45 Jahre, Familienvater aus Duisburg, stirbt an den Folgen eines brutalen Polizeieinsatzes. 5. Juni, Arbeitsgericht Duisburg: verhandelt wird die Klage des entlassenen Mannesmann-Arbeiters Hanfried Brenner, Mitglied der KPD/ML, gegen die Mannesmann-Hüttenwerke AG. Als Genosse Hanfried Brenner die Rolle der Arbeitsgerichte entlarvt, stürzen sich Polizisten auf die Zuschauer und schlagen auf sie ein. Sie fallen auch über Günter Routhier her: Schläge prasseln, er stürzt zwischen die Stuhlreihen, sie reißen ihn hoch, wieder schlagen sie auf ihn ein. Sie stoßen ihn die Treppe hinunter. Der Kopf schlägt auf die Stufen, er verliert die Besinnung. Erneute Mißhandlungen im Polizeipräsidium: an den Füßen wird er eine Treppe hochgeschleift, wieder schlägt der Kopf auf die Stufen. An diesen Verletzungen stirbt Genosse Routhier.

Handelt es sich hier um einen bloßen „Übergriff" der Polizei? Innerhalb von wenigen Wochen sind bei Polizeieinsätzen 3 Mordanschläge verübt worden. Der Schüler Thomas Hytrek in Frankfurt, der Taxifahrer Günther Jendrian in München – und nun Günter Routhier in Duisburg. Ist das Zufall? Nein. Es ist ein Ausdruck dessen, daß die Bourgeoisie ihr Vorgehen im Klassenkampf verschärft hat, daß ihre Methoden gegen die Werktätigen überhaupt und insbesondere gegen Revolutionäre und Kommunisten, gegen Sympathisanten und Mitglieder unserer Partei einen anderen Charakter bekommen haben.



Polizisten schleifen den ohnmächtigen Günter Routhier zum Polizeiwagen

Wurde früher bei Polizeieinsätzen gegen Demonstranten noch dreimal vorgewarnt, bevor Polizei mit Schlagstöcken die Demonstranten auseinandertrieb, so sind es heute – wie es sich z. B. in Frankfurt bei den Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen zeigte – die Einsätze immer stärker darauf ausgerichtet, mit allen Mitteln den Kampf des Volkes, jede Anwendung revolutionärer Gewalt, jede Solidarisierung der Bevölkerung mit den Revolutionären niederzuschlagen. Wurde bei der Erschießung des Berliner Studenten Benno Ohnesorg der Schußwaffengebrauch noch als „Übergriff" dargestellt, so war es vor wenigen Monaten der Frankfurter Polizeipräsident, der bei den Mieterkämpfen nachdrücklich den Schußwaffengebrauch rechtfertigte.

Kam es der Bourgeoisie vor ein, zwei Jahren noch vor allem darauf an, durch die Prozesse die Genossen einzuschüchtern, so zeigt das Vorgehen gegen die RAF-Genossen, die zum Teil jahrelang auf ihre Prozesse warten, daß es für den kapitalistischen Staatsapparat immer mehr zur Hauptsache wird, die Genossen in seinen Klauen zu haben, um sie durch Isolationsfolter und Mißhandlungen physisch kaputt zu machen und zu zerbrechen.

Direkt zu liquidieren versucht die Bourgeoisie Sascha Haschemi: ein junger Revolutionär aus den Reihen der Roten Garde soll nach Persien abgeschoben werden. Sascha, der kein Wort persisch spricht, Persien noch nie gesehen hat – auf ihn wartet als Kommunist in Persien der Tod, entweder durch jahrelange Kerkerhaft oder durch sofortiges Todesurteil. Einfach abgeknallt wurden der Münchner Taxifahrer Jendrian und zuvor der Schotte McLeod. Und jetzt der Mordanschlag auf den Genossen Günter Routhier.

Was hat dazu geführt, daß die Polizeieinsätze brutaler, die Methoden der Kapitalisten terroristischer geworden sind? Die Bourgeoisie hat erkennen müssen, daß die bisherigen Versuche der Einschüchterung, Androhung von Gewalt, sowie die Prozesse, die zu hunderten geführt wurden, die Standhaftigkeit der Genossen nicht brechen konnten, sondern daß sie sich noch enger um die Partei zusammenschlossen, noch mutiger und entschlossener den Kampf führten. Sie hat erkennen müssen, daß die Bevölkerung sich in den Kämpfen immer mehr mit den Kommunisten solidarisiert, daß mit dem Anwachsen der Klassenkämpfe die Kommunisten sich immer enger mit den werktätigen Massen im Kampf vereinten. Das ist es, was die Bourgeoisie dazu treibt, sich nicht auf die Methoden der Einschüchterung, der Drohungen zu beschränken, sondern mit Maßnahmen vorzugehen, die die physische Liquidierung des Gegners mit einkalkulieren, ja sogar darauf aus sind.

Aber wird sie ihr Ziel erreichen? Günter Routhier selbst ist darauf die Antwort. Zum Arbeitsgerichtsprozeß war er gekommen, um seinen Freund und Genossen, Hanfried Brenner zu unterstützen, war er gekommen, um gemeinsam mit der Partei dort für die Rechte seiner Klasse zu kämpfen. Dort wurde ihm endgültig klar, daß der Weg, den die Partei ihm stets gewiesen hat, der Weg der Revolution, der gewaltsamen Zerschlagung des Staatsapparates, daß dieser Weg einzig und allein der Ausweg aus Unterdrückung und Ausbeutung ist. Und Günter Routhier handelte. Entschieden stellte er sich den prügelnden Zivilbeamten in den Weg, um ihnen Einhalt zu gebieten, um die Genossen, die Partei zu schützen.

In einer letzten Diskussion, bevor er ins Krankenhaus kam, sagte er den Genossen: „Die Partei hat schon vor einem Jahr immer wieder gesagt: ‚Die Imperialisten haben ihren Staatsapparat und sie werden ihn äußerst gewaltsam gegen die kämpfende Arbeiterklasse und ihre Partei einsetzen, deshalb kann es nur einen Weg geben: Revolution, gewaltsame Zerschlagung des Staatsapparates.' Ich hatte bisher Illusionen in diesen Staat. Ich habe versucht, mit der Polizei zu diskutieren, ich habe gedacht, das sind auch Menschen. Heute sehe ich, daß die Partei recht hat. Wenn ich diese Verletzung überlebe, dann will ich noch besser mit der Partei kämpfen."

So wie Genosse Günter den Weg zur Partei gefunden hat, so ist auch der Weg seiner Klasse. Die Partei wird in den Kämpfen der Arbeiter an ihrer Seite kämpfen, ihnen vorausgehen und ihnen stets in ihren Kämpfen den revolutionären Ausweg weisen. Sie wird geduldig immer wieder zeigen, daß es keinen anderen Ausweg gibt. Und im Verlauf der Kämpfe werden immer mehr Arbeiter klarer erkennen, um so mehr die Bourgeoisie ihren Terror verschärft, daß die Kapitalistenklasse nur mit revolutionärer Gewalt gestürzt werden kann, daß die Zerschlagung ihres Gewalt- und Terrorapparates unbedingte Notwendigkeit ist.

Mit der Nachricht von dem sicheren Verlust des teuren Genossen hat die Partei an der Seite von Frau Routhier den Kampf aufgenommen: Günter Routhier muß und wird gerächt werden! Sein Opfer wird nicht umsonst sein. Viele Menschen wird die Empörung über das erneute Verbrechen der Polizeitruppe des Kapitals bewegen, sich in die revolutionäre Front einzureihen gegen den Polizeiterror, gegen die verschärfte Faschisierung, gegen den Kapitalismus – für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Delegation der KPD/ML in Albanien

Wie wir bereits in der letzten Ausgabe des Roten Morgen kurz meldeten, hielt sich unlängst eine Delegation unserer Partei unter der Führung des Genossen Ernst Aust zu Beratungen mit Vertretern der Partei der Arbeit Albaniens in der Volksrepublik Albanien auf. Höhepunkt der Konsultationen zwischen den beiden Bruderparteien war ein Empfang der Delegation der KPD/ML bei dem 1. Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Albaniens, Genossen Enver Hoxha.

An den Beratungen nahmen seitens der Partei der Arbeit u. a. Genosse **Ramiz Alia**, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PdAA und Genosse **Agim Popa**, Direktor der Auslandsdirektion des ZK der PdAA teil. Im Mittelpunkt der Beratungen standen folgende Themen:

1. Internationale Lage, insbesondere der Kampf gegen die beiden Supermächte und der Kampf gegen den Zusammenschluß der westeuropäischen Imperialisten in der sogenannten „Europäischen Gemeinschaft".

2. Das Erstarken der marxistisch-leninistischen Weltbewegung und die Beziehungen zwischen den Bruderparteien.

3. Der Kampf des deutschen Volkes für die Einheit und Unabhängigkeit seines Vaterlandes und die Notwendigkeit der engen Verbindung dieses Kampfes mit der sozialistischen Revolution.

4. Der moderne Revisionismus, sein Auftreten und die Notwendigkeit, ihn als Hauptfeind in der Arbeiterbewegung zu bekämpfen.

5. Der internationale Trotzkismus, u. a. auch jene Spielarten, die nicht offen trotzkistisch auftreten, sondern sich unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus zu verbergen suchen.

Die albanischen Genossen berichteten darüber hinaus über den nach dem 4. Plenum des ZK der PdAA verstärkt und äußerst erfolgreich geführten Kampf gegen Einflüsse bürgerlicher Kultur und Ideologie, wie z. B. Tendenzen zum Liberalismus.

Den Höhepunkt der Beratungen zwischen den Bruderparteien bildete der Empfang unserer Parteidelegation durch den Genossen **Enver Hoxha**, dem 1. Sekretär des ZK der PdAA. Bei dem Empfang, der nach einer Meldung der albanischen Nachrichtenagentur ATA in einer „sehr herzlichen und freundschaftlichen" Atmosphäre verlief, waren auch die Genossen **Ramiz Alia** und **Agim Popa** zugegen. **Genosse Enver Hoxha ging noch einmal auf die in den vorangegangenen Beratungen behandelten Themen ein. Er hob besonders die Wichtigkeit des unerschütterlichen Festhaltens an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus hervor und betonte, daß diese Prinzipien die gemeinsame Grundlage der marxistisch-leninistischen Weltbewegung darstellen.**

Insgesamt erbrachten die Beratungen Übereinstimmung in allen angesprochenen Fragen und fanden in einer Atmosphäre statt, die durch die herzliche, vom Geist des proletarischen Internationalismus und den festen Willen zur Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung erfüllte enge Verbundenheit zwischen den beiden Bruderparteien geprägt war.

An die Gespräche mit Vertretern der Partei der Arbeit Albaniens schloß sich eine kurze Beratung mit dem **Verband der Jugend der Arbeit** an, in der für die Zukunft **eine Vertiefung der Beziehungen und eine engere Zusammenarbeit zwischen dem albanischen Jugendverband und der Roten Garde, der Jugendorganisation unserer Partei, vereinbart wurde.**

Die Delegation der Partei hatte neben den Beratungen Gelegenheit, bei Besuchen verschiedener Industriebetriebe, Staatsfarmen und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, in Gesprächen mit Vertretern der Partei, des Jugend- und Frauenverbandes und der Gewerkschaften die großen Fortschritte, die das albanische Volk unter der Führung der Partei der Arbeit beim Aufbau des Sozialismus, im Kampf gegen Einflüsse der bürgerlichen Ideologie und Kultur und im Kampf um die weitere Festigung der Diktatur des Proletariats gemacht hat, kennenzulernen.

Ein sehr herzlicher Empfang wurde der Delegation in einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft im Gebiet von Shkodra zuteil. Am Beispiel dieser LPG konnte unsere Parteidelegation besonders die Fortschritte in der Kollektivierung und die Verwirklichung des sozialistischen Plansystems in der Landwirtschaft studieren. In einer kurzen Ansprache zeigte der Vorsitzende unserer Partei, Genosse **Ernst Aust**, den grundlegenden Unterschied zwischen der Lage der Bauern im Kapitalismus und im Sozialismus auf. Er schilderte die Ruinierung immer größerer Teile der Bauern in Westdeutschland, die völlige Unsicherheit ihrer Existenz. **Dagegen erfährt im sozialistischen Albanien die Lage der Bauern, die an der Seite und unter der Führung der Arbeiterklasse die Volksmacht in Händen halten, eine ständige Verbesserung.**

Während beispielsweise in Westdeutschland häufig ein ganzes Dorf ohne Arzt ist, gibt es auf der LPG inzwischen 5 Krankenstationen für die medizinische Betreuung der LPG-Mitglieder. Genosse **Ernst Aust** beendete seine Ansprache mit der Feststellung, **daß die Erfolge des albanischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus nicht nur für Albanien von großer Wichtigkeit sind, sondern in der ganzen Welt, besonders aber in Europa, die werktätigen Massen in ihrem Kampf für den Sozialismus anspornen.**

Um Fragen der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsdisziplin ging es u. a. auf einer Gewerkschaftsdelegiertenversammlung des Holzkombinats von Shkodra, zu der die Delegation unserer Partei eingeladen war. **Die Holzarbeiterdelegierten wählten den Vorsitzenden unserer Partei in das Präsidium der Versammlung und drückten damit ihre tiefe Freundschaft zur deutschen Arbeiterklasse und ihrer Partei, der KPD/ML, aus.**

Genosse **Ernst Aust** ging in seiner Ansprache auf die Arbeitsbedingungen im Kapitalismus ein. Während im sozialistischen Albanien alles Erdenkliche getan wird, um Arbeitsunfälle zu verhindern, gehören im Kapitalismus aufgrund der ständigen Verschärfung der Arbeitshetze Arbeitsunfälle zum Betriebsalltag. Während bei uns – unter den Bedingungen der Lohnsklaverei – die Arbeiter bei jedem Verstoß gegen die von den Kapitalisten aufgestellten Regeln der Disziplin mit dem Rausschmiß rechnen müssen, beruht die Disziplin der Werktätigen im sozialistischen Albanien, wo kein Arbeiter um seinen Arbeitsplatz fürchten muß, auf dem Bewußtsein über die Aufgaben im Kampf für den Aufbau des Sozialismus. **Die Hauptmethode, um die Arbeitsdisziplin im sozialistischen Albanien zu erhöhen, ist also nicht der Zwang, die tägliche Antreiberei und Unterdrückung wie bei uns, sondern die Überzeugung und die gegenseitige ideologische Erziehung.**
Genosse **Ernst Aust** ging auch auf die Rolle des imperialistischen DGB-Apparats als Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse ein, er berichtete vor den Gewerkschaftsdelegierten von den Gewerkschaftsausschlüssen kommunistischer und anderer klassenkämpferischer Kollegen.

Die Begeisterung der albanischen Jugend für den Sozialismus drückte sich in den mitreißenden, revolutionären Liedern des 12. Liederwettbewerbs von Shkodra aus. **Als nach einer kurzen Ansprache des Genossen Ernst Aust die Fahne der Partei, die rote Fahne mit dem gelben Spartakusstern mit Hammer, Sichel und Gewehr entrollt wurde, schwenkten die Pioniere ihre roten Halstücher zum Gruß: ein Bild der tiefen Freundschaft zwischen dem albanischen und dem deutschen Volk.**

MORDANSCHLAG

auch medizinisch einwandfrei erwiesen

Ein Arztgenosse, der von Frau Routhier und der Partei hinzugezogen wurde, gab auf Grund von Gesprächen mit Frau Routhier und den behandelnden Ärzten in der Essener Universitätsklinik folgenden Bericht über die lebensgefährliche Verletzung von Günter Routhier.

„Am 5. 6. wurde beim Arbeitsgerichtsprozeß des Kommunisten Hanfried Brenner der 45-jährige Rentner Günter Routhier von Polizisten so schwer mißhandelt, daß er heute nach tagelanger Bewußtlosigkeit im Sterben liegt. G. Routhier litt an einer Koagulopathie und Trobozytopenie (Blutgerinnungsstörung).

Routhier wurde im Gerichtssaal von politischen Polizisten zwischen die Stuhlreihen geschleudert, anschließend mit Faustschlägen so brutal die Treppe hinuntergeworfen, daß er mehrfach mit dem Kopf aufschlug und unten bewußtlos liegenblieb.

Es dürfte allgemein bekannt sein, daß bei einer Krankheit, wie sie Routhier hatte (sie gleicht in Erscheinungsformen, und Konsequenzen einer Hämophilie, einer Bluterkrankheit), jede Verletzung, insbesondere jedes Schädeltrauma, zu lebensgefährlichen Verletzungen führen kann. Die Polizei war bereits im Gerichtssaal auf diese Krankheit Routhiers hingewiesen worden.

Der bewußtlose Routhier wurde anschließend brutal in das Polizeiauto geworfen, und obwohl erneut auf die gefährliche Situation hingewiesen, verweigerte und verhinderte die Polizei jegliche Hilfe. Im Polizeipräsidium wurde Routhier die Treppen hinaufgeschleift, so daß sein Kopf wiederum auf die Stufen aufschlug. Der bewußtlose Mann wurde dann in die Ausnüchterungszelle auf eine Holzpritsche geworfen, die schalldichte Tür geschlossen. Die Dauer der Bewußtlosigkeit betrug ca. 1/4 bis 1/2 Stunde. Die polizeiärztliche Untersuchung belief sich auf einige Schläge ins Gesicht, obwohl ein Bluterpaß vorlag, dem Polizeiarzt also die Folgen seiner „Behandlung" bekannt waren. Als Routhier das Bewußtsein wiedererlangt hatte, wurde er nach eigenen Angaben noch einige Male mit dem Kopf gegen die Wand gestoßen. Anschließend wurde er nach Hause entlassen.

Bereits am Abend traten Kopfschmerzen und Übelkeit auf. Der Notarzt, der gerufen wurde, verordnete keine besondere Therapie. Kommentar: Die Polizei wird schon keinen Unschuldigen schlagen.

In der Nacht phantasierte Routhier.
Im Lauf der nächsten Tage verschlechterte sich das Allgemeinbefinden zusehends. Es traten Lichtscheue, Schwindel und Gleichgewichtsstörungen auf. Am Freitag konnte er nicht mehr ohne Hilfe gehen. Am Samstag, den 8. 6. wurde er von seinem Hausarzt besucht, der ihn zum Röntgen und zum Neurologen überwies. **Keine besondere Therapie.** Am Mittwoch besuchte der Schwerverletzte in Begleitung den Neurologen. Zu diesem Zeitpunkt hatte er heftige Schmerzen, Übelkeit, Lichtscheu. **Diagnose: Zu viel Zigaretten, zu viele Tabletten. Keine weitere Therapie.** Am Mittwoch traten Bewußtseinsstörungen auf. Am Donnerstag gelang es den Angehörigen, den inzwischen somnolenten (leicht bewußtlosen) Patienten nach vielen Schwierigkeiten in der Unfallklinik Duisburg unterzubringen – auf der Fahrt dorthin wurde er von den Sanitätern als „besoffen" erklärt. **Therapie: Infusionen. Wie sich erst später herausstellte, erhielt er viel zu wenig Flüssigkeit.**

Das Bewußtsein des Schwerverletzten trübte sich immer mehr ein – am Freitag wurde er in die Neurochirurgische Klinik nach Essen verlegt. Bei der Ankunft dort bestand nach Angaben der behandelnden Ärzte eine deutliche Halbseitensymptomatik (halbseitige Lähmung) als Ausdruck einer intracrabiellen (im Schädel) Blutung der linken Hemisphäre (Gesichtshälfte), verbunden mit erheblichen Wortfindungsstörungen. Nach einer an diesem Tag durchgeführten Angiographie (Röntgendarstellung mit Kontrastmittel) besteht im Zusammenhang mit den aufgetretenen Symptomen entweder ein subturales Hämaton (Blutung unter der harten Hirnhaut) oder eine intracerebrale Blutung (Innergehirnblutung). **Seither ist der Patient bewußtlos. Seit Samstag mittag wird er künstlich beatmet und ist damit klinisch praktisch tot.**

Als Konsequenz aus der mangelnden Behandlung durch einige Ärzte, sah sich Routhier bzw. seine Angehörigen gezwungen, als Ursache der Krankheit „häuslicher Unfall" anzugeben, um überhaupt behandelt zu werden.

**Medizinisch völlig einwandfrei erwiesene Tatsache aber ist:
Die tödliche Gehirnblutung Günter Routhiers ist auf die Mißhandlungen durch die Polizei zurückzuführen. Zwischen den mehrfachen Stürzen auf der Treppe und der Gehirnblutung besteht ein kausaler Zusammenhang. Keinesfalls liegt hier eine „spontane Blutung" vor. Abschließend muß darauf hingewiesen werden, daß es durchaus denkbar ist, daß bei sofortiger intensiver ärztlicher Behandlung das Leben Günter Routhiers hätte gerettet werden können.**

Peter Routhier, der Sohn von Günter Routhier berichtet über den Polizeieinsatz:

Peter Routhier, der Sohn von Günther Routhier, berichtet über den Polizeieinsatz:
„Die PoPos stürmten rein, packten meinen Vater und schmissen ihn in die Stuhlreihen.. Dann kamen ein halbes Dutzend uniformierte Bullen und schnappten meinen Vater, der rief: „Das sind Gestapo-Methoden" und „Ihr Nazis". Dann haben die uniformierten Bullen meinen Vater die Treppe heruntergestoßen. Ich hörte, wie er fiel und mehrmals gegen das Treppengeländer schlug. Ich habe während dieser ganzen Zeit immer wieder geschrien, daß mein Vater Bluter ist, keiner hörte darauf, nur ein dicker grauhaariger PoPo sagte: dann hätte er zu Hause bleiben sollen!

Dann haben sie Bernd (einen anderen Genossen – RM) rausgebracht. Hemd und Pullover waren ihm über den Kopf gezogen und die Hände auf dem Rücken gefesselt. Er hatte blutunterlaufene Stellen auf dem Rücken. Dann wurden wir einer nach dem anderen nach draußen gebracht.

Im Wagen lag mein Vater bewußtlos auf dem Boden. Ich schrie, daß mein Vater in Lebensgefahr wäre. Höhnisches Gelächter der Bullen und einer sagte: Märchenstunde ist morgen. Dann sagten die Bullen, wenn wir nicht ruhig wären, würden sie uns zusammenschlagen.

Im Polizeipräsidium wurden wir aus dem Wagen gestoßen, dabei sagte ein Bulle zu mir: Routhier, dich krieg ich auch noch, dann mach ich dich alle. Mein Vater wurde zuletzt mit 2 Bullen hereingeschleift und in eine Zelle gelegt. Dann kam ein Arzt und ich schrie ihm zu, daß mein Vater Bluter ist. Im Vorübergehen sagte er kurz ja und kümmerte sich nicht darum. 3 Minuten später kam er wieder raus und ich sagte ihm nochmals, daß mein Vater Bluter sei, doch er ging weiter.

...Seitdem habe ich meinen Vater nicht wieder gesehen, weil ich zur Bundeswehr mußte."

Genossen sprechen mit Frau Routhier : "sagt Genosse Routhier!"

Sie hat zusammen mit den Genossen der Partei um das Leben ihres Mannes gekämpft. Ihr Mann war früher Arbeiter, in einem Betrieb, der heute Mannesmann gehört. Hat dann ein kleines Geschäft aufgemacht. Wurde von seinem Partner übers Ohr gehauen. Blieb mit 20.000 DM Schulden sitzen. 1968 bekam er seine Blutkrankheit. Es ging ihm immer schlechter. Er wurde – erst anfang vierzig – arbeitsunfähig. Mußte Rente beantragen.

Routhiers haben einen Sohn, Peter, bis vor kurzem Jungarbeiter bei Mannesmann im Profilwalzwerk. Beim Streik 1973 bekommt Pit, wie er genannt wird, Kontakt mit der KPD/ML. Erfährt, daß sie als einzige Partei konsequent an der Seite der Kollegen kämpft. Liest die Betriebszeitung. Diskutiert mit den Genossen. Wird ein Kämpfer für die Revolution, Rotgardist.

Über ihren Sohn bekommen Günther Routhier und seine Frau Kontakt mit der Partei. Günter Routhier erkundigt sich, informiert sich. Ihr erster Eindruck von den Genossen der KPD/ML ist: die Kommunisten sind ordentliche Leute. Was sie fordern, ist richtig. Was sie nicht ganz verstehen können, ist der Haß der Kommunisten auf den kapitalistischen Staat, auf seine Polizei, auf seine Justiz.

Dann hat Pit einen Prozeß. Angeblich soll er in Bonn Parolen gegen den neuen Zaren im Kreml, Breschnew, gemalt haben. Günter Routhier geht auch zu dem Prozeß. Das Recht, das er immer noch hofft, bei den Gerichten finden zu können, findet er nicht. Stattdessen Polizeizeugen, die sich in Widersprüche verwickeln, einen Richter, der seinen Sohn verhöhnt, weil er mit Fremdwörtern nicht richtig umgehen kann. Das Urteil, zwei Monate für seinen Sohn, ohne jeden Beweis, ist Gesinnungsterror. Voller Wut sagt er noch im Gerichtssaal dem Richter seine Meinung.

Er bekommt engeren Kontakt mit der Partei. Findet im Großen und Ganzen auch richtig, was sie macht. Aber etwas hindert ihn noch, mit ganzem Herzen mit und in der Partei zu kämpfen. Er will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es bei der herrschenden Klasse doch noch einen Funken Gerechtigkeitsgefühl gibt. Er will sich noch nicht eingestehen, daß die Frage für die Arbeiterklasse tatsächlich ist: wer wen? Entweder das Kapital oder die Arbeiter.

Dann, am 5. 6., die Arbeitsgerichtsverhandlung des Genossen Brenner. Noch nie habe er so eine Ungerechtigkeit erlebt, erzählt er, am 5. 6. abends, von Schmerzen gequält, seiner Frau. Er ist empört über die Gemeinheit der politischen Polizei. Sagt: das sind Gestapomethoden. Viel mehr noch als die körperlichen Mißhandlungen empört ihn die menschliche Erniedrigung. Er spürt, gegen diese Bestien, die das Kapital auf kommunistische, auf fortschrittliche Arbeiter hetzt, muß man sich tatsächlich mit aller Kraft aufbäumen. Hier kann man nicht überzeugen. Hier muß man um sein Leben kämpfen – und den Klassenfeind vernichten, wenn man selber leben will. Immer hat mir noch etwas gefehlt, um die Linie der KPD/ML anzuerkennen, sagt er seiner Frau. Jetzt weiß ich, ihr Kampf ist richtig und gut.

Und Frau Routhier bittet die Genossen der KPD/ML: Wenn ihr von ihm schreibt und sprecht – sagt Genosse Routhier.

Am 17. 6. wurde Genosse Günter Routhier auf Beschluß des Zentralkomitees der KPD/ML in die Partei aufgenommen.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. PSchKto Dortmund Nr. 417 06-466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel 0231/41 13 50 Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Dortmund; Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36; Erscheinungsweise: wöchentlich samstags; Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,- DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Keine Fließbandarbeit mehr bei Volvo

Was steckt hinter der "Revolution am Arbeitsplatz"?

„So oder so" überschreibt der „Stern" Photos aus den Betrieben vor und nach der bejubelten „Revolution am Arbeitsplatz". Vorher: das sind die **Arbeiterkolonnen** am Fließband, abgehetzt, kaputt von der **eintönigen** Arbeit am erbarmungslos vorbeirollenden **Fließband.** Nachher: das sind strahlende Gruppen von Arbeitern, die einen ganzen **Arbeitsgang** erledigen und nicht mehr am Band, sondern an einzelnen Montageplattformen arbeiten. Neben Volvo experimentiert auch Ford mit der Ersetzung der Fließbänder durch Gruppenarbeit. Bei Daimler-Benz wurde vereinzelt Fließbandarbeit durch Einzelakkord ersetzt.

Was steckt dahinter? Das Fließband bedeutete für die Kapitalisten sozusagen den großen Coup. Produzierte Ford zum Beispiel noch 1911 200 Autos am Tag, so erhöhte sich die Produktion bei Fließbandarbeit sofort auf mehr als 1000 Autos. Diese Erhöhung der Produktion wurde möglich durch die Zerlegung des Produktionsprozesses in allerkleinste Einzelbestandteile, die auf die Maschinen und auf möglichst viele Arbeiter verteilt wurden. Der Profit, den die Kapitalisten erzielten, stieg gewaltig, da die Arbeiter für diese neue Arbeit natürlich entsprechend weniger Lohn bekamen. Dazu sparten sie an Antreibern. Denn wo früher 10 hinter den Arbeitern standen, genügte mit dem Fließband einer, der mit einem Knopfdruck die Bandgeschwindigkeit erhöhte und die ganze Kolonne zu noch größerer Arbeitsleistung zwang.

Diese neue Steigerung bei der Ausbeutung der Arbeiter und ihrer Entfremdung von der Arbeit blieb jedoch nicht ohne Antwort. Gerade in den letzten Jahren, in denen die Automobilkapitalisten die **Bandgeschwindigkeiten von Monat zu Monat erhöhten, entzündeten sich zahlreiche Streiks an der Fließbandarbeit und ihrem mörderischen Akkord. Bei Fiat in Italien,** bei **Renault in Frankreich,** aber auch bei **Ford in Köln und bei den Manteltarifverhandlungen in Baden-Württemberg** im letzten Jahr zeigte **sich die Erbitterung der Arbeiter gegen die Fließbandarbeit.** Neben den organisierten Kämpfen häufen **sich spontane Sabotageakte** in den Fabriken. Die Automobilindustrie, in **der die Fließbandarbeit** am konsequentesten **durchgesetzt** worden ist, hat **gleichzeitig** mit die höchsten Unfall- und **Krankheitszahlen,** viele Arbeiter müssen nach einigen Jahren **kündigen,** weil sie diese Akkordhetze nicht mehr aushalten.

Diesen Arbeitern kommen die Kapitalisten jetzt mit der „Revolution am Arbeitsplatz". Die Arbeiter bestimmen das Tempo – so heißt es auf dem Papier. In Wirklichkeit ist das Tempo von den Kapitalisten längst festgelegt. 30.000 Wagen sollen in einer Schicht montiert werden. Werksleiter Karl-Erik Nilsson ist sicher, daß im neuen Volvo-Werk auch nicht langsamer gearbeitet werden wird als anderswo. Das ist also die Wirklichkeit dieser „Revolution". Akkord und Arbeitshetze bleiben. Was sich geändert hat, ist allein die Antreibermethode.

Was sich unter diesen Bedingungen hinter dem Satz verbirgt: das Arbeitstempo bestimmt die Gruppe selber, ist klar: Die anwachsende Kampffront gegen den Akkord soll gespalten werden.

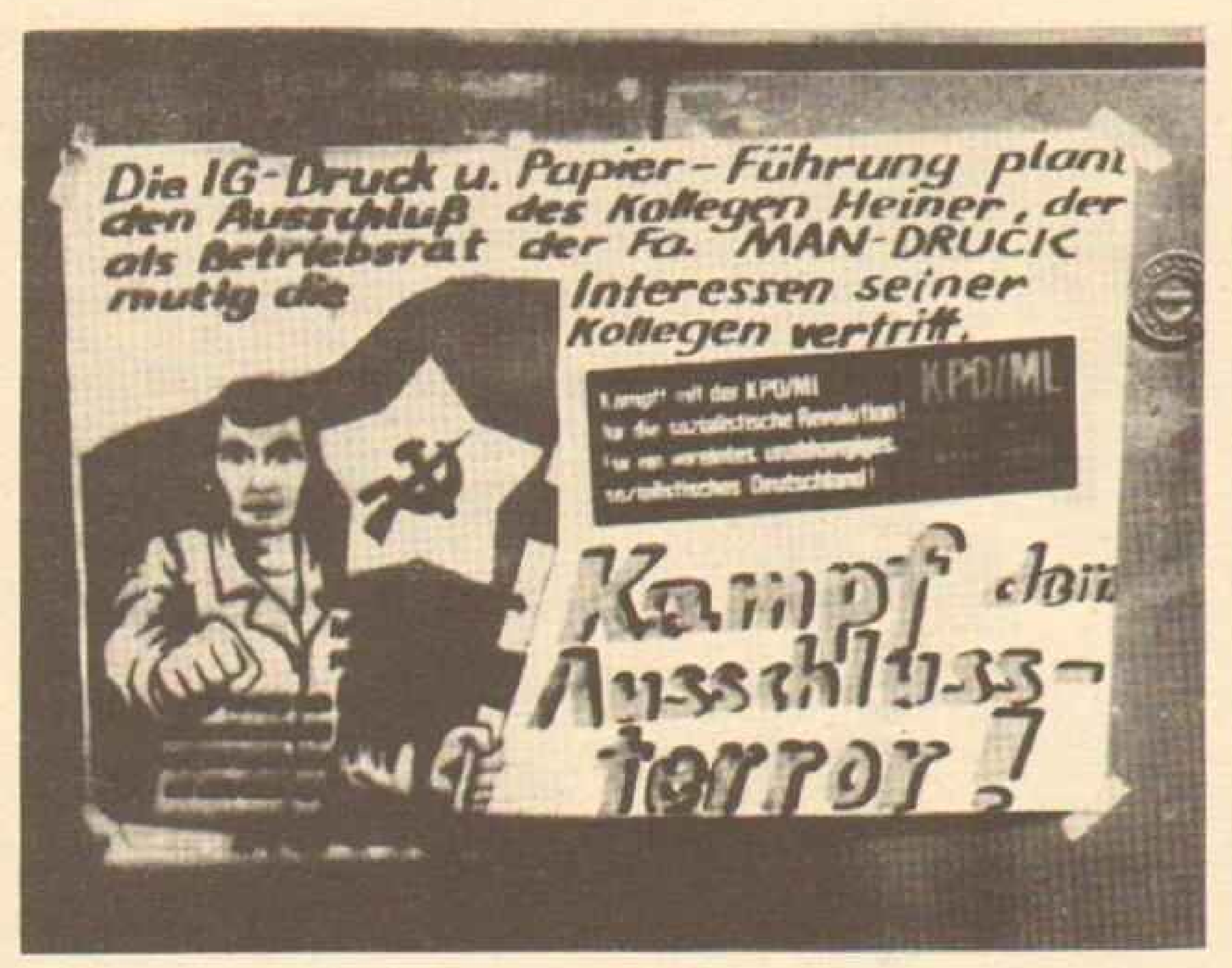
Aber das ist nicht alles. Eine Reihe von Arbeitern hat im Kampf gegen das Fließband und gegen den Akkord erkannt, daß die Arbeiter sich gegen die Ausbeutung, gegen den Kapitalismus selber zusammenschließen müssen. Wenn die Kapitalisten jetzt mit dem Märchen von der Revolution am Arbeitsplatz ankommen, dann hoffen sie, indem sie den Stein des Anstoßes, das Fließband, aus dem Weg räumen, gleichzeitig eine Barriere gegen den wachsenden revolutionären Klassenkampf der Automobilarbeiter errichten zu können. Diese Hoffnung allerdings wird sich als Trugschluß erweisen.

Genosse Heiner spricht auf Betriebsversammlung

„Das gehört nicht hierher, das ist Politik!" empörten sich die Bruckmann-Kapitalisten und versuchten, die Rede des kommunistischen Betriebsrates Hermann Heiner auf der Betriebsversammlung der zum Münchner Druckereikonzern gehörenden Firma Mandruck zu stören. Aber Genosse Heiner ließ sich nicht stören.

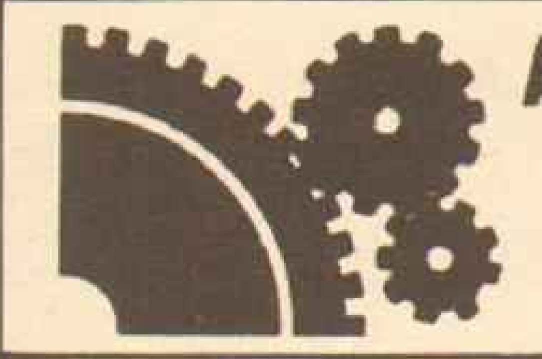
Die Bruckmann-Kapitalisten wollten ihm fristlos kündigen, aber der Betriebsrat verweigerte seine Zustimmung. Daraufhin verhängten sie ein „Arbeitsplatzverbot" gegen den Kommunisten, aber Genosse Heiner ist jeden Tag von 7.00 bis 15.30 Uhr im Betriebsratsbüro, erledigt die Betriebsratsarbeit und ist für die Kollegen zu sprechen.

Jetzt spricht der kommunistische Betriebsrat, den die Bruckmann-Kapitalisten mit allen Mitteln aus dem Betrieb jagen wollen, auf der Betriebsversammlung zu seinen Kollegen. Er zeigt auf, warum die Bruckmann-Bosse gerade ihn aus politischen Gründen entlassen wollen: weil er Kommunist ist, **weil** er nicht nur in den **Tagesfragen fest** an der Seite der **Kollegen steht,** sondern darüber **hinaus die Notwendigkeit der proletarischen Revolution** erklärt und für den **Sozialismus** eintritt. **Die Bruckmann-**Kapitalisten wollen ihn sich **gerade** zum jetzigen Zeitpunkt vom Hals schaffen, um den Widerstand der Kollegen gegen die laufenden Umstrukturierungen und Rationalisierungsmaßnahmen zu brechen.

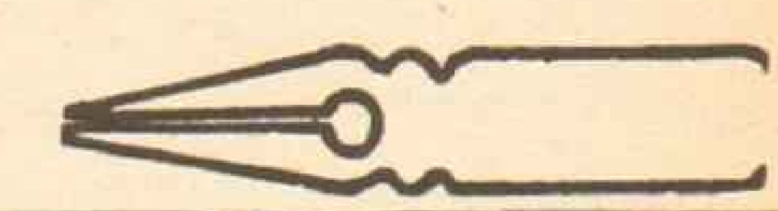


Hermann Heiner prangert die Zusammenarbeit der IG Druck & Papier-Bonzen mit den Bruckmann-Kapitalisten an. Der Gewerkschaftsapparat hat – unterstützt von den D„K"P-Revisionisten und den Neorevisionisten vom sogenannten „Arbeiterbund" – ein Ausschlußverfahren gegen Hermann Heiner eingeleitet. Von den 70 gewerkschaftlich organisierten Kollegen Hermann Heiners haben 65 eine Protesterklärung gegen den geplanten Gewerkschaftsausschluß des kommunistischen Gewerkschafters, der für den Aufbau der RGO eintritt, unterschrieben. Die Klassensprecherversammlung der Münchner Berufsschule hat sich ebenfalls mit Hermann Heiner solidarisiert.

Am Schluß seiner Rede erklärt Genosse Heiner, er werde im Kampf gegen seine drohende Entlassung in erster Linie auf die Solidarität der Kollegen und nicht auf das Arbeitsgericht, das ein Teil der bürgerlichen Klassenjustiz sei, bauen. Der große Beifall für diese kämpferische Rede zeigte die Solidarität der Kollegen.



Arbeiterkorrespondenzen



Hamburger Hafen: Widerstand gegen Arbeitshetze

„Die Kollegen sind fast alle einer Meinung: Jetzt ist aber Schluß, die Grenze unserer Geduld und unserer Leistungskraft ist erreicht. Was ist geschehen?

Alle Kollegen sehen, daß der Hamburger Hafen von Jahr zu Jahr neue Umschlagrekorde bringt. Sie wissen, daß diese Rekorde auf ihren Knochen erwirtschaftet werden, und sie spüren am eigenen Leib, wodurch: Durch ständig steigende Tonnageforderungen, durch Arbeitshetze!

Im Containerverkehr, momentan die Goldgrube der Hafenkapitalisten, weil dort die meisten Profite zu machen sind, zeigt sich das am stärksten. Am HHLA-Buchardkai z. Bsp. versuchte die Hallenleitung von Halle 5 kürzlich das Pensum auf der 2. Schicht drastisch zu erhöhen: Von 5-6 Einheiten mit mindestens 30 Tonnen pro Schicht auf 7-8 Einheiten mit 50 Tonnen!

Kaum wurde das bekannt, reagierten einige Kollegen genau richtig: „Das können wir uns nicht länger gefallen lassen, das nimmt ja kein Ende!" Sie arbeiteten deshalb auf der 2. Schicht in normalem Arbeitstempo, machten in Ruhe ihre Halbe und lieferten anstatt der geforderten 8 Einheiten nur 4 oder 5 ab. Die Hallenleitung machte große Augen. Diesen Widerstand hatten sie nicht erwartet! Und das, obwohl noch nicht einmal alle Kollegen sich daran beteiligt haben!"

(Aus: „Der Rote Handhaken", Hamburger Hafenzeitung der KPD/ML).

Taxifahrer wenden sich an die Partei

Letzte Woche kaufte ein Taxifahrer zufällig bei mir den Roten Morgen mit dem Artikel zum Polizeimord an Taxifahrer Jendrian.

Etwa zwei Stunden später kam er zurück und kaufte weitere 4 Nummern für seine Kollegen und eine Broschüre „Was will die KPD/ML?" Wir kamen über den Artikel ins Gespräch. Er berichtete, daß von der Taxi-Innung aus eine Sammlung für die Hinterbliebenen von Jendrian durchgeführt wird. Der Taxifahrer war wie wir auch der Meinung, daß diese Sammlung von dem Polizeimord ablenken solle.

Es beeindruckte ihn, daß wir ohne Rücksicht darauf, ob uns die Bourgeoisie deshalb vielleicht einen Prozeß macht, die Wahrheit über solche Dinge schreiben.

Er gab uns deshalb nachstehenden Bericht über die Situation der Taxifahrer mit dem Hinweis: „Ihr müßt es bringen, weil keine andere Zeitung es bringt."

Von den 76.000 Taxifahrern im Bundesgebiet und Westberlin (4.700) besitzen fast 90% selber ein Fahrzeug. Sie werden deshalb auch als „Unternehmer" bezeichnet. In Wirklichkeit haben sie mit „Unternehmern" recht wenig gemein.

Seit 1960 das Gewerbefreiheitsgesetz geschaffen wurde, sind die Taxis von 2-Mann auf 1-Mann-Betrieb umgestellt worden. Das bedeutet für die einzelnen Taxifahrer in der Regel eine 60- bis 70-Stundenwoche, die eben auch die Feiertage und die Nacht kostet. Bei 40 Stunden, sagte der Kollege, „ist die Magarine auf dem Brot noch nicht verdient." Außerdem ist ihm die Rentendeckung seit 5 Jahren nicht mehr möglich.

Verdient wird dagegen bei den „fünf Mafiosis", den Funkgenossenschaften Isarfunk, Innungsfunk usw. Sie verdienen bei jeder Neuzulassung am Verkauf von Funkgeräten und an Beiträgen (80 DM monatlich, auch bei Krankheit).

Damit sie ihre Interessen besser gegen die Taxifahrer durchsetzen können, werden z. B. nicht mehr wie früher regelmäßige Bezirksversammlungen abgehalten, sondern lediglich eine Hauptversammlung der Innung im Jahr. Dort wird innerhalb von 5 Minunten nur noch über Beschlüsse abgestimmt, die der Vorstand vorher entschied. So sind auch die Taxifahrer mit der letzten Tariferhöhung überfahren worden. Die Mauschelei zwischen der Innung und dem Senat sieht man daran, daß seit drei Jahren keine Kalkulation von IHK und Wirtschaftssenator mehr vorgelegt wird und eine Überprüfung der Tariferhöhung nicht mehr möglich ist.

Ständige Neuzulassungen, die im Interesse der Funkgenossenschaften liegen und Tariferhöhungen führen zu immer größeren Wartezeiten für die Taxifahrer und immer mehr Arbeitsstunden, was die Gesundheit der Fahrer zunehmend ruiniert. Der Kollege selbst war frisch operiert worden, mußte aber wieder fahren, weil ihm als „Unternehmer" keine Krankenkasse die Pflege bezahlt.

Der Kollege spendete noch 6 DM und verband dieses Gespräch mit der Hoffnung, daß wir mit diesem Bericht möglichst viele Taxifahrer erreichen werden.

Dieses Beispiel zeigt sicherlich einmal mehr, daß sich im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung für die sozialistische Revolution auch ein Teil der vom Kapitalismus ruinierten selbständigen Gewerbetreibenden unter Führung der Arbeiterklasse zusammenschließen wird.

Rot Front!
Genosse des KSB/ML Westberlin

"Zeit, die ungenützt blieb"

Mit dieser Überschrift begann in der letzten Ausgabe der „Osram-Nachrichten", Westberlin, ein Artikel über Arbeitsunfälle. Die Unfallquote bei Osram steigt und steigt. Für die Kollegen bedeutet das tägliche Angst um Gesundheit und Leben, Angst um die eigene Existenz und die der ganzen Familie. Und für die Kapitalisten? In den Osram-Nachrichten liest sich das so: „1972 entstand dem Unternehmen ein Ausfall von 85.858 Arbeitsstunden. Die Lohnkosten dafür betragen eine Summe von 1,2 Mill. DM."

Revisionistisches

Statt revolutionärer Kultur – bürgerlicher Sumpf

Vor einiger Zeit konnte man in Ostberlin an den Anschlagtafeln für Veranstaltungen auch von einem Arbeitskreis „Erich Weinert" für Jugendliche lesen.
Das Thema der ersten Sitzung lautete: „Junge und Mädchen intim". Die anderen Themen waren nicht viel besser. Kein einziges beschäftigte sich mit dem Werk dieses großen proletarischen Dichters.

Unter dem revolutionären Mantel nichts anderes also als auch bei uns im kapitalistischen Westdeutschland: der staatlich gelenkte und geförderte Weg von Oswald Kolle usw. in den bürgerlichen Sumpf.

Der Gipfel des Zynismus

„Jeden auch noch ‚so guten' Western, Krimi, Spiel- oder Sexfilm vergißt man irgendwann; diesen aber niemals!

Reklame für einen neuen „Thriller" in den Kinos? Weit gefehlt. Auf diese reißerische Tour wirbt die D„K"P in Wattenscheid für den Film „Der gewöhnliche Faschismus", ein – nach ihren eigenen Worten – „135 Minuten dauerndes Monumentalwerk über die Barbaren der Weltgeschichte, das nicht eine Minute langweilig ist." (Hervorgehoben von der D„K"P).

Die blutige Terrorherrschaft des Hitlerfaschismus gegen die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk – für die D„K"P nicht mehr als ein Nervenkitzel. Das ist wirklich der Gipfel des Zynismus!

Unterstützung für spanische Faschisten

„Seid einig, einig gegen Hitler" – mit dem Abdruck dieser Schlagzeile aus der „Roten Fahne", dem Zentralorgan der revolutionären KPD Ernst Thälmanns, versucht sich der „M"SB Spartakus, in seiner Zeitung „Aktion" als antifaschistische Kraft aufzuspielen. Eine Anzeige auf der gleichen Seite der Zeitung beweist das Gegenteil. Da bietet nämlich dieser angeblich sozialistische Studentenbund „tolle Sonderangebote" für Ferienreisen nach Spanien an.

Das ist ein Aufruf zur direkten Unterstützung der spanischen Faschisten. Denn niemand anders als sie verdienen am Tourismus. Allein 1973 machten die spanische Oligarchie und ausländische Hotelbesitzer einen Gewinn von 3,268 Mrd. Dollar im Geschäft mit dem Tourismus. Die FRAP (Revolutionäre, Antifaschistische und Patriotische Front) hat deshalb wiederholt aufgerufen, in den Ferien nicht nach Spanien zu reisen.

Mittel- und Kleinbauern diskutieren Kampfmassnahmen

Die Kampfbereitschaft der Mittel- und Kleinbauern ist in den letzten Wochen erneut gestiegen. In Schleswig-Holstein diskutieren und planen Bauern bereits Kampfmaßnahmen wie Demonstrationen und Straßensperrungen. Für sie geht es in ihrem Kampf nicht nur um einige Pfennige mehr, sondern um ihre Existenz.

Während die großen Monopole die Nahrungsmittelpreise für die Werktätigen immer höher schrauben, diktieren sie den Bauern zugleich niedrigere Erzeugerpreise, also niedrigere Einnahmen. Wie aber soll ein Kleinbauer wirtschaften können, wenn seine Einnahmen sinken, Kosten für Saatgut, Düngemittel, Öl usw. ständig steigen? Allein bei den Landmaschinen sind im Frühjahr von den Konzernen erneut die Preise um 7,5 bis 10% erhöht worden – das macht bei größeren Landmaschinen tausende DM aus!

Die Hände reiben sich nicht nur die Nahrungsmittelmonopole und Landmaschinenindustrie aufgrund ihrer Profite, sondern auch Agrarkapitalisten und Großbauern. Denn für sie bietet der Ruin der Kleinbauern, die folgende Zwangsversteigerung von Hof, Maschinen und Land eine günstige Gelegenheit, ihren Besitz zu vergrößern. Für die kleinen und mittleren Bauern aber heißt es, den Kampf aufzunehmen oder gleich dem sicheren Ruin entgegenzugehen.

Der Bauernverband mit seinen reaktionären Führern wie Heeremann, Kühlmann-Stumm und Feury gibt sich im Interesse des Monopolkapitals und der Regierung zwar große Mühe, die Bauern vom Kampf abzuhalten, doch ernten sie dafür immer mehr Haß und Empörung der Bauern. So bekannte Heeremann in einem Interview: „Wenn ich Briefe und Fernschreiben, die mir vorliegen, veröffentlichen würde, dann würde mancher sehen, unter welchem Druck ich bereits gestellt bin. Man fordert von mir, und zwar massiv, spektakuläre Sofortmaßnahmen. Meine Leute werfen mir bereits Hinhaltetaktik vor. Mitunter enthalten diese Schreiben regelrechte Drohungen."

Was da auf die Monopole der Nahrungsmittelindustrie und ihre Regierung und nicht zuletzt auch auf Reaktionäre wie Heeremann zukommt, erkennt Freiherr von Heeremann mit Schrecken: „Ich sage ganz offen, was ich befürchte: Wenn sich die Verhältnisse noch weiter zuspitzen, dann könnte es sein, daß ich nicht mehr in der Lage bin, Aktionen zu verhindern, wie wir sie kürzlich am Brenner erlebt haben." Selten hat sich dieser Vertreter des Großgrundbesitzes und der Nahrungsmittelkonzerne so offen als Feind der Bauern entlarvt: nichts fürchtet er mehr als den militanten Kampf der Bauern um die Erhaltung ihrer Existenz.

In der Tat werden sich die Verhältnisse weiter zuspitzen. Denn wie die Monopole in ihrer Gier nach Profiten nicht aufhören werden, die Bauern bis zum letzten auszusaugen, so wenig werden die Klein- und Mittelbauern dulden, daß ihre Existenz ruiniert wird. Für sie steht nicht nur die Frage, ob sie als Bauer ihren Hof weiter erhalten und bearbeiten können, sondern auch, wie sie ihre Familien weiter ernähren sollen, wenn sie ihren Hof verlieren.

Die Aufgabe der Kommunisten wird es sein, in den bevorstehenden Kämpfen an der Seite der Klein- und Mittelbauern zu stehen. Ihnen zu zeigen, daß ihr Platz im Kampf gegen die Monopole und ihre Regierung an der Seite der Arbeiterklasse ist. Einzig unter der Führung dieser stärksten und entscheidenden Kraft im Kampf gegen den Kapitalismus werden die kleinen und mittleren Bauern wie alle Werktätigen zu einer gesicherten Lebensexistenz gelangen können: im Sozialismus.



Bauerndemonstration in Brüssel

KANADISCHE BOMBE ZERSTÖRT BAUERNHAUS

Wie in Nordhorn-Range britische Natoverbände Bombenabwürfe proben, so sind es auf dem Abwurfplatz Siegenburg bei Kelheim kanadische Truppenverbände. In Kelheim wie bei allen Bombenabwurfplätzen der NATO in Westdeutschland bedeutet das für die Bevölkerung nicht nur Gesundheitsschäden durch den tagtäglichen ohrenbetäubenden Lärm der Bomber, sondern auch Gefahr durch Bombenfehlwürfe. Am 12. Juni verschätzte sich ein kanadischer Nato-Pilot beim Anflug auf den Übungsplatz, so daß die Übungsbombe das Dach eines Bauernhauses durchschlug und durch die Decke hindurch im Wohnzimmer einschlug. Das Haus ist weitgehend zerstört und nur durch Zufall wurden der Bauer und seine Familie verschont: sie waren gerade auf dem Feld.

WEG MIT DEN BOMBENABWURFPLÄTZEN!
RAUS MIT DEN AUSLÄNDISCHEN TRUPPEN AUS GANZ DEUTSCHLAND!

Hetzfilm gegen China in der Berufsschule

Korrespondenz. In meiner Berufsschule wurde kürzlich ein Film über Drogen gezeigt. So einen Lügenfilm habe ich lange nicht mehr gesehen und auch meine Kolleginnen waren sehr empört darüber. In diesem Film, im Auftrag der Bundesregierung 1973 gedreht, werden einem zum Beispiel die Völker von Laos, Kambodscha und Thailand vorgeführt als Bergstämme, die dauernd unter dem Einfluß von Opium und anderen Rauschmitteln stehen, mit glasigen Augen in ihren Hütten liegen. Im Kommentar heißt es dann, daß dieser Zustand „von politischen Kräften dazu ausgenutzt wird, sie unter die Knute zu bringen und ihren eigenen Soldaten erbitterte Kämpfe zu liefern"!

Mit dreisten Lügen wird in diesem Film behauptet, daß es vor allem die VR China ist, die die Völker in Drogenabhängigkeit bringt. Da wird einem zum Beispiel Hongkong als eine herrliche Stadt des Fernen Ostens geschildert – mit wunderbaren Siedlungen und der niedrigsten Kriminalität aller Großstädte der Welt. Und in diese „saubere" Stadt wird frech gelogen, würde die VR China ihre Opiumdschunken schicken, „ein Mittel der politischen Macht" ... Da wird behauptet, in allen größeren Städten sei Rauschgiftschmuggel und Rauschgiftsucht ein großes Laster und als besonders abscheulichen Beispiel von der chinesischen Stadt Shanghai gesprochen. Da wird in zahlreichen Tabellen über die Herkunftsländer des Opiums immer wieder die VR China genannt und hervorgehoben.

Genauso unverfroren wird dann gelogen, daß es im Gegensatz zur VR China die kapitalistischen Staaten seien, wie zum Beispiel die US-Imperialisten und die westdeutschen Imperialisten, die einen heftigen Kampf gegen das Rauschgift führen und behauptet, diese imperialistischen Staaten würden einzig und allein aus dem Grund in den unterentwickelten Ländern Fabriken aufbauen, um den Völkern aus ihrer elenden Lage zu helfen.

Die Lügen in diesem Film sind so unverschämt, daß sie sogar von den täglichen Nachrichten in der bürgerlichen Presse widerlegt werden. Selbst hier kann man vom unbeugsamen Kampf der indochinesischen Völker lesen, selbst hier kann man ab und zu davon lesen, daß Rauschgift und Elend in China der Zeit der imperialistischen Knechtung angehört haben und das sozialistische China einen scharfen Kampf gegen Opiumschmuggel und Rauschgifthandel führt.

Die Tatsache, daß die Bundesregierung gezwungen ist, einen Film mit so unverschämten Lügen über die VR China zu drehen, zeigt nur, daß sie in der Wirklichkeit keine noch so kleine Tatsache finden kann, die geeignet wäre, die wachsende Freundschaft auch des deutschen Volkes mit dem chinesischen Volk zu beeinträchtigen.

Niedersachsen

Aktiver Wahlboykott!

Einige hundert Aufkleber, auf denen zum aktiven Wahlboykott und zum Kampf mit der KPD/ML für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland aufgerufen wurde, klebten die Genossen in Nordenham gegen den Wahlrummel zur Landtagswahl. In zahlreichen Gesprächen bei Felten & Guillaume und im Nordenhamer Jugendzentrum wurde diese Aktion der Partei begrüßt. Die Bourgeoisie reagierte entsprechend: „KPD/ML-Aktion ein Schlag gegen die Demokratie" hieß es daraufhin in einer Nordenhamer Zeitung. Der Bürgermeister von Nordenham gab eine Stellungnahme gegen diese „Radikalisierung des Wahlkampfes" ab, die D„K"P erstattete Anzeige.

Zu einer Veranstaltung der Partei mit dem Thema „Warum aktiver Wahlboykott?" kamen rund 20 Freunde und Genossen, darunter zwei Kollegen von Felten & Guillaume, die für die Partei gewonnen werden konnten. Die D„K"P hatte in letzter Minute eine „Gegenveranstaltung" organisiert.

CSU-Strauß wurde von den Genossen auf einer Veranstaltung mit revolutionären Parolen empfangen, in die auch eine Reihe von Jugendlichen einfielen. Eine von den modernen Revisionisten inszenierte Veranstaltung mit allen bürgerlichen Parteien wurde von den Genossen als Tribüne für ihre Propaganda genutzt. Ein Parteiredner entlarvte vom Plenum aus die Parteien des Kapitals, vor allem die D„K"P und rief zum aktiven Wahlboykott auf.

Die Genossen berichten als Fazit ihres Kampfes, daß es gelang, viele Kollegen zum ersten Mal mit der Partei bekanntzumachen, daß die Partei sich vor allem bei Felten & Guillaume und im Nordenhamer Jugendzentrum besser verankern konnte. Die Sympathisanten der Partei konnten neue Erfahrungen im Klassenkampf sammeln und schlossen sich noch enger mit der Partei zusammen.

Vom Aufbau des Sozialismus

Elektrizität wird exportiert

In den letzten Jahren ist Elektrizität einer der albanischen Exportartikel geworden. In diesem Jahr soll der Export im Vergleich zum letzten Jahr um 55% zunehmen.

Diese Fortschritte auf dem Gebiet der Erzeugung von Elektrizität sind ein glänzender Beweis für die Leistungen, die die Arbeiterklasse erbringen kann, wenn sie die Macht in Wirtschaft und Staat errungen hat. Vor 40 Jahren besaß Albanien so gut wie keine Elektrizität. Heute ziehen sich die elektrischen Leitungen bis hinauf in die abgelegensten Gebirgsdörfer.

Die Produktion von Elektrizität nahm einen besonderen Aufschwung in den 60-iger Jahren. Trotz der schwierigen Bedingungen durch die Blockade der Imperialisten und der sowjetischen Revisionisten nahm das albanische Volk, gestützt auf die eigene Kraft und die brüderliche Hilfe der VR China, solche großen Projekte in Angriff wie das Mao Tsetung Stauwerk mit 250.000 KW oder das Kraftwerk von Fieri mit 100.000 KW. Auf Grund dessen konnte Albanien im letzten Jahr 8 Mal mehr Strom produzieren als 1960.

Die Schaffung einer solchen Energie-Grundlage ist die Voraussetzung für die Versorgung der Bevölkerung mit Strom und für die Bedürfnisse der grossen Industrieprojekte, die gegenwärtig noch im Bau sind.

Weil den albanischen Arbeitern, Technikern und Ingenieuren die große politische Bedeutung der Stromerzeugung klar ist, werden große Anstrengungen für das weitere Anwachsen der Produktion von Elektrizität unternommen. Die KW-Leistung des Kraftwerks von Fieri soll von 100.000 auf 120.000 KW erhöht werden, in anderen Werken haben sich die Arbeiter ähnliche Ziele gesetzt. Auf diese Weise und durch die Inbetriebnahme anderer Werke wird die Stromerzeugung 1975 113 Prozent höher liegen als 1970.

„Wir werden uns Naturkatastrophen niemals beugen."

Am Morgen des 11. Mai wurden mehrere Bereiche der Provinz Yunnan von einem heftigen Erdbeben erschüttert. Es war nicht das erste schwere Erdbeben in dieser Gegend.

Vor 57 Jahren hatte ein ähnlich schweres Erdbeben furchtbare Folgen. Die reaktionäre Regierung damals kümmerte sich überhaupt nicht um die betroffene Bevölkerung. Die Leichen der Opfer lagen bis zu 30 oder 40 Tagen in den zerstörten Dörfern, für die Bevölkerung brach anschließend eine schwere Hungersnot an.

Heute unter der Diktatur des Proletariats bekommt die Bevölkerung aus der ganzen Nation Unterstützung und ist vom ersten Tag an, im Vertrauen auf die eigene Kraft, darangegangen, die Wirtschaft wieder in Gang zu setzen und die zerstörten Häuser wieder aufzubauen.

Mit großem Jubel wurde von ihnen eine Grußbotschaft des Zentralkomitees der KP Chinas aufgenommen, die am Tag nach dem Erdbeben in Flugblättern über dem betroffenen Gebiet abgeworfen wurde. Delegationen aus dem ganzen Land eilten nach Yunnan. Leitende Mitglieder des Parteikomitees von Yunnan kamen, um die Rettungs- und Aufbauarbeiten zu leiten, Soldaten der Volksbefreiungsarmee halfen, die Opfer zu bergen und Straßen zu bauen. Lufteinheiten der VBA brachten Nahrung, Medikamente usw. Schon am 15. Mai waren 43 medizinische Teams aus Peking, Kunming und Chengtu an Ort und Stelle.

Wie entschlossen die Bevölkerung ist, den Kampf gegen diese Naturkatastrophe zu gewinnen, zeigen Parolen wie: "Wir werden uns Naturkatastrophen niemals beugen" und "Wir werden die Verwüstung besiegen und eine gute Ernte erzielen." Geführt von der Partei, kritisierten die Bewohner der betroffenen Gebiete gleichzeitig die fatalistischen Ideen von Konfuzius und Lin Biao wie: Alles wird vom Himmel entschieden. Inzwischen bestehen auch schon Produktionspläne dafür, wie trotz des Erdbebens auch in diesem Jahr eine gute Ernte erzielt werden kann.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

"Demokratische Alternative" Carillo's

Pakt gegen die Revolution

In trauter Eintracht haben sich die Carillo-Führer der revisionistischen P„C"E zusammen mit Sozialdemokraten und der offen reaktionären Carlisten-Partei zur „Demokratischen Alternative" zusammengeschlossen. Was diese Verräter zu ihrem Pakt getrieben hat, ist, daß der revolutionäre Kampf des spanischen Volkes zum Sturz des Franco-Faschismus und zur Vertreibung des Yankee-Imperialismus unaufhaltsam voranschreitet. Die größte Sorge der Revisionisten dabei: das Volk stellt sich in seinen Kämpfen immer mehr unter die Führung der Revolutionären Antifaschistischen und Patriotischen Front – FRAP und unter die Führung seiner Kommunistischen Partei, der PCE/ML.

Der Zusammenschluß der Revisionisten mit den Sozialdemokraten und Carlisten zur „Demokratischen Alternative" ist offensichtlich die Antwort dieser Verräter auf den Zusammenschluß aller ehrlichen und aufrechten Revolutionäre, Antifaschisten und Patrioten des spanischen Volkes in der FRAP. Die FRAP wurde nach langer Vorbereitungszeit im Januar 1974 auf nationaler Ebene gegründet, nachdem zuvor bereits die Massen des spanischen Volkes unter der Führung der einzelnen Pro-FRAP-Komitees für den revolutionären Sturz der faschistischen Diktatur und die Vertreibung des Yankee-Imperialismus gekämpft hatten.

Dem revolutionären Kampf des spanischen Volkes unter der Führung der FRAP und der PCE/ML setzen die Carillo-Revisionisten mit ihrer „Alternative" den „demokratischen Umbruch" entgegen, wobei sie, wie die Revisionisten in einer Pressekonferenz erklärten, darauf abzielen, das spanische Heer zur Neutralität zu bewegen. Das portugiesische Beispiel sei verheißungsvoll.

Statt mit der Waffe in der Hand den revolutionären Kampf gegen seine Henker zu führen, soll das spanische Volk auf die Armee seiner Henker bauen? Wie ist es denn in Portugal? Ist die Spinola-Junta vielleicht neutral?

Auf der ganzen Welt gibt es keine Armee, die jemals neutral wäre. Entweder sie steht im Dienst der Reaktion – oder sie ist eine Armee des Volkes. Die Spinola-Junta aber hat niemals im Dienst des Volkes gestanden. Nicht sie hat dem Volk die demokratischen Freiheiten erkämpft, sondern sie hat auf den Druck des anschwellenden Kampfes des portugiesischen Volkes und der Völker in den Kolonien hin im Auftrag der Bourgeoisie die Caetano-Clique verjagt – um Schlimmeres zu verhüten. Und jetzt schon erweist sich, daß auch die Spinola-Clique nicht Terror und blutige Unterdrückung scheut, um den Kampf des Volkes zur Befreiung von seinen Blutsaugern, den ausländischen Monopolen und der eigenen Bourgeosie, gewaltsam zu stoppen.

Das ist es, was die spanischen Carillo-Revisionisten „verheißungsvolles Beispiel" nennen, dem sie nacheifern. Und um keinen Zweifel daran zu lassen, wie sie zum revolutionären Kampf mit der Waffe in der Hand stehen, wagen die Revisionisten der „Demokratischen Alternative" in Spanien sogar, die besten Kräfte des portugiesischen Volkes, die den Kampf gegen die Spinola-Junta für die Befreiung ihres Volkes führen, zu beschimpfen: sie sollten nicht gegen die Junta kämpfen, sondern sie als wichtiges Instrument zur Erreichung der sozialistischen Gesellschaft betrachten. **Sozialismus aus der Hand von Generälen der Bourgeoisie? Das ist Demagogie von Volksfeinden, die den revolutionären Kampf des Volkes ersticken wollen.**

Die „Demokratische Alternative" der spanischen Revisionisten hat nichts gemein mit dem revolutionären Kampf des Volkes für die spanische Volksrepublik, für die das spanische Volk seit Jahrzehnten unter blutigen Opfern kämpft, sondern die „Alternative" der spanischen Revisionisten unter ihrem Führer Carillo heißt, die Knechtung des spanischen Volkes aufrechtzuerhalten.

Das spanische Volk wird unter der Führung der FRAP und mit seiner Kommunistischen Partei, der PCE/ML, an der Spitze im Volkskrieg gegen das Yankee-Franco-Regime auch diese Verräter schlagen und den Sieg erringen. Daran zweifelt kein aufrechter Revolutionär!

NIEDER MIT DEN MODERNEN REVISIONISTEN! ES LEBE DIE FRAP UND DIE PCE/ML! ES LEBE DIE REVOLUTIONÄRE EINHEIT DES SPANISCHEN VOLKES!



Der „Carillus Vulgaris" – ein typisches Exemplar der Gattung des opportunistischen Chamäleons

Begräbnis von Michael Gaughan:

Irische Patrioten schwören Rache

Flankiert von uniformierten Kämpfern der nordirischen Befreiungsarmee wurde der Sarg des nordirischen Patrioten Michael Gaughan, geleitet von tausenden Menschen, zum Londoner Flughafen getragen.

Michael Gaughan, der im Londoner Gefängnis für seine Überführung nach Nordirland gekämpft hatte, war während seines Hungerstreiks durch die gewaltsame Zwangsernährung ermordet worden.

Der Sarg Gaughans wurde vom Londoner Flughafen nach Dublin überführt, von wo aus ihn ein Zug in die Provinzhauptstadt Ballina brachte, wobei in jeder Stadt und jedem Dorf gehalten wurde, damit die Einwohner diesem Patrioten, der im Kampf für die Befreiung des nordirischen Volkes sein Leben opferte, die letzte Ehre erweisen konnte. Über 7.000 Menschen gaben dem ermordeten Patrioten in Ballina das letzte Geleit.

Während der Trauerfeier erschien plötzlich ein Führer der nordirischen Befreiungsarmee und ehrte in einer Rede Michael Gaughan als einen mutigen Kämpfer des irischen Volkes für die Befreiung vom englischen Imperialismus. Hunderte irische Polizisten mußten, eingekeilt in die Menge der über 7.000 Menschen, hilflos zusehen, wie dieser von den englischen Imperialisten und nordirischen Reaktionären am meisten gesuchte Kämpfer seine Rede hielt und anschließend ebenso spurlos wieder verschwand wie er gekommen war.





Das Begräbnis war eine machtvolle Manifestation für die Entschlossenheit des nordirischen Volkes, seinen Befreiungskampf bis zum Sieg über die britischen Besatzer zu Ende zu führen.

10 Jahre "Oktober"

oktober

Kommunistische Partei der Schweiz / Marxisten-Leninisten KPS / ML

Postfach 447, 8021 Zürich Case postale 278, 1000 Lausanne 9

MAI 1974 – Nr. 74
Erscheint monatlich in deutscher französischer und italienischer Sprache
Einzelnummer: 50 Rp.
Abonnement für 1 Jahr: Fr. 8.–
Unterstützungsabonnement Fr. 20.–
Postcheckkonto 10-6895 Lausanne

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

Vor 10 Jahren, am 25. Mai 1964 erschien die erste Ausgabe der marxistisch-leninistischen Zeitung der Schweiz "Oktober", seit 1972 das Zentralorgan der Kommunistischen Partei der Schweiz/Marxisten-Leninisten. Stolz können die Schweizer Marxisten-Leninisten damit auf einen 10jährigen entschlossen geführten Kampf gegen die Bourgeoisie, Imperialismus und Revisionismus zurückblicken, in dem sie das Banner des Marxismus-Leninismus immer hoch gehalten haben.

In einer Erklärung der KPS/ML zum 10jährigen Bestehen ihres Zentralorgans "Oktober' heißt es: "Diese 10 Jahre standen voll im Dienste der Revolution in der Schweiz, des Sozialismus und Kommunismus. Im Laufe dieser 10 Jahre haben uns die Bourgeoisie und die Revisionisten mit verschiedenen Methoden bekämpft, ohne Erfolg. Der Marxismus-Leninismus verstärkte sich ohne Unterlaß, eine Partei – noch klein, aber stark und bewußt – führt den Kampf von Proletariat und Volk, "Oktober" erscheint seit mehr als zwei Jahren in drei Sprachen und findet in allen Regionen der Schweiz immer mehr Leser. Eine immer größere Zahl von Genossen, Arbeiter, Bauern und Junge, brauchen ihn als ihre schärfste Waffe im politischen und ideologischen Kampf.

Aus diesem Anlaß richtet unsere Partei, die KPD/ML, die herzlichsten Kampfesgrüße an das Schweizer Proletariat, seine Kommunistische Partei, die KPS/ML und ihr Zentralorgan "Oktober" in der festen Überzeugung, daß das Schweizer Proletariat unter der Führung seiner Partei immer größere Siege erringen wird.

Aus aller Welt

VR China

Am 26. 5. wurde zwischen der Regierung der VR China und der königlichen Regierung der Nationalen Union Kambodschas ein Abkommen unterzeichnet über die kostenlose Unterstützung Kambodschas mit militärischer Ausrüstung durch die VR China.

Indochina

Die Regierung der Republik von Südvietnam und die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam haben scharf gegen Pläne der US-Imperialisten protestiert, in Südvietnam eine Munitionsfabrik zu bauen. Das Außenministerium der R.S.V. fordert von den US-Imperialisten die vollständige Einhaltung des Pariser Abkommens und „die sofortige Aufgabe des Plans, eine Munitionsfabrik für die Nguyen Thieu Verwaltung zu bauen, sowie die vollständige Beendigung der militärischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Südvietnam".

In der Erklärung des Außenministeriums der Regierung der DRV heißt es unter anderem: „Eine Munitionsfabrik in Südvietnam bauen zu wollen bedeutet, daß die USA das Pariser Abkommen über Vietnam mit Füßen treten. Es bedeutet gleichzeitig eine freche Herausforderung der öffentlichen Meinung der Welt und in den USA selbst. Es ist offensichtlich, daß die Nixon-Regierung dabei ist, ihre militärische Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Vietnam zu verstärken, indem sie alles tut, um dem Faschisten und Kriegsverbrecher Nguyen van Thieu zu helfen und den Frieden und die Abkommen zu untergraben."

Portugal

Anfang Juni ließ die portugiesische Junta den Herausgeber einer revolutionären Zeitung verhaften, weil er die portugiesischen Soldaten in Afrika zur Desertion aufgerufen hatte. In Demonstrationen wurde seine sofortige Freilassung gefordert. Ebenfalls Anfang Juni wurde das portugiesische Militär in Alarmbereitschaft gesetzt und alle öffentlichen Versammlungen verboten, um „Unruhen" bei der Suche nach Angehörigen der faschistischen Polizei (DGS) vorzubeugen.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30 Immer: 43,7 42,8
21.00 - 22.00 und 26,2 Meter

Antonionis "CHINA"

EINE BELEIDIGUNG DES CHINESISCHEN VOLKES - EIN ANGRIFF AUF DEN SOZIALISMUS



Die Herren des Landes

Trotz eines scharfen Protestes der Botschaft der Volksrepublik China wurde im 1. Fernsehprogramm der antichinesische Hetzfilm „China“ des italienischen Filmregisseurs Antonioni gesendet. In einer breiten Kritikkampagne hat das chinesische Volk diesen Film als hinterhältigen Angriff auf das sozialistische China verurteilt. Dieser Film hat darüber hinaus in der ganzen Welt bei allen Freunden der Volksrepublik China und des Sozialismus große Empörung ausgelöst. So hat z. B. auch die Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft in einer Erklärung gegen die Ausstrahlung dieses reaktionären Films protestiert.

Im RM Nr. 9 vom 2. März dieses Jahres haben wir zu diesem antichinesischem und antisozialistischem Film bereits Stellung genommen und sind insbesondere darauf eingegangen, daß in diesem Film praktisch alle Fortschritte und Erfolge des sozialistischen Aufbaus geleugnet werden: kein einziger der modernen großen Industriebetriebe des sozialistischen Chinas wird gezeigt; bei den Aufnahmen in landwirtschaftlichen Betrieben ist weder ein Traktor, noch eine andere landwirtschaftliche Maschine zu sehen; obwohl 10.000 t Schiffe chinesische Werften verlassen, werden als chinesische Schiffe in dem Film nur Holzdschunken gezeigt... Die Beispiele ließen sich fortsetzen. **Antonioni hatte die Möglichkeit, alles zu filmen und er filmte es auch, um seine chinesischen Gastgeber zu täuschen. Aber jeder Hinweis auf vom chinesischen Volk beim Aufbau des Sozialismus erzielte Fortschritte wurden von Antonioni am Schneidetisch herausgeschnitten.**

Gleich zu Beginn des Films behauptet Antonioni, es ginge ihm nicht darum China zu zeigen, sondern die Chinesen. Wie aber stellt Antonioni die chinesischen Menschen, das chinesische Volk dar? Er verfolgt z. B. mit seiner Kamera ältere Menschen, auch wenn diese eindeutig zu verstehen geben, daß sie nicht gefilmt werden möchten, bis sie endlich verstört auf die Kamera reagieren. Er filmt Menschen, die sich die Nase schneuzen und alte Frauen mit verkrüppelten Füßen. Er dringt in ein Bergdorf ein, richtet die Kamera ohne Erklärung auf die überraschten Bewohner, die zusehends – und wie sich gezeigt hat, mit sehr viel Recht – mißtrauischer werden, sich teilweise nicht filmen lassen wollen, um die Bewohner dann zu verspotten, sie hätten „Angst“, reagierten „ausdruckslos“ usw. Es geht ihm nur darum, den Eindruck zu erwecken, die chinesischen Menschen seien primitiv und stumpfsinnig. Dagegen betont Antonioni mehrmals den großen Unterschied, der zwischen einem „Weißen“, einem „Europäer“ und den Chinesen bestünde. **So ist dieser Film, in dem Antonioni angeblich die chinesischen Menschen zeigen wollte, ein verabscheuungswürdiges Dokument des Rassismus.** Antonioni vertritt den alten imperialistischen Standpunkt, das chinesische Volk sei primitiv und könne keine großen und komplizierten Werke schaffen. So behauptet er beispielsweise, die moderne Industrie Schanghais sei „nicht heute entstanden“. „Als eine Stadt wurde Schanghai im vorigen Jahrhundert buchstäblich vom ausländischen Kapital aufgebaut.“ Über die nach der Befreiung gegründeten Industriebetriebe – z. B. die weltberühmte Werkzeugmaschinenfabrik Schanghai – heißt es, sie seien „oft nur wenig besser, als eiligst aufgebaute, große Handwerkstätten.“

Selbstverständlich leugnet Antonioni die Tatsache, daß die chinesischen Werktätigen sich von Ausbeutung und Unterdrückung befreit haben und unter der Führung ihrer Kommunistischen Partei zu Herren des Landes geworden sind. Vielmehr scheut er keine Tricks, um den Anschein zu erwecken, für das chinesische Volk habe sich nach der Befreiung nichts geändert. So wird eine Skulpturengruppe gezeigt, die das harte Los der Werktätigen vor der Befreiung und ihre Erhebung zeigt. Nach einem schroffen Schnitt taucht plötzlich eine Gruppe Schüler oder Studenten auf, die mit Hacke und Spaten auf das Feld marschieren, eine Landarbeiterin wischt sich bei der schweren Feldarbeit den Schweiß von der Stirn. Mit solchen filmischen Tricks soll der Zuschauer zu dem Schluß verleitet werden, das Los der Werktätigen sei nach der Befreiung genauso schwer wie unter dem Feudalismus. An anderer Stelle wird behauptet, „Peking sei nach wie vor eine altertümliche Stadt.“

Nicht nur, daß Antonioni den Eindruck zu erwecken versucht, die chinesischen Werktätigen seien ohne jede Begeisterung für den Sozialismus, er behauptet sogar, in den Teehäusern „herrsche eine Atmosphäre des Träumens von der Vergangenheit“. **Das chinesische Volk soll also von der Vergangenheit, d. h. vom Hunger und dem Elend der Sklaverei, von feudalistischer Tyrannei und imperialistischer Bluthertschaft träumen. Wer von der „Vergangenheit träumt“ – das sind in Wirklichkeit die chinesischen Reaktionäre, vor allem aber die Imperialisten, die ihre Herrschaft über China wiedererrichten wollen und als deren Propagandist sich Antonioni klar entpuppt.**

Den „Träumen von der Vergangenheit“ stellt Antonioni zwar die „Treue zur Gegenwart“ zur Seite, aber sein ganzer Film macht deutlich, daß er diese „Treue“ als erzwungen ansieht. **Bei jeder Gelegenheit versucht er den Eindruck zu erwecken, das chinesische Volk sei unfrei.** So behauptet er, die Diskussionen der Arbeiter und Bauern seien „voller Wiederholungen und monoton“, um dem Zuschauer einzureden, die Diskutierenden verträten nicht ihre eigene Überzeugung, sondern „wiederkäuten“ nur „die Staatsdoktrin“. Ausführlich werden Kinder bei Aufführungen gezeigt, aber weder wird der Inhalt der Stücke erklärt, noch wird über die Prinzipien der sozialistischen Erziehung ein Wort verloren. Stattdessen soll der Eindruck entstehen, die Kinder seien gar nicht mit dem Herzen, auf jeden Fall aber nicht mit Verständnis bei der Sache, sondern würden nur gedrillt und zum Nachbeten erzogen.

Ständig versucht Antonioni die Atmosphäre einer faschistischen Diktatur über das Volk zu erzeugen. Er spricht von irgendwelchen „Filmverboten“, er habe „gegen das Verbot“ heimlich filmen müssen usw. In Wirklichkeit wurde ihm lediglich das Filmen von Kriegsschiffen, des Wohnsitzes von Mao Tsetung und einer Beerdigung untersagt. **Man kann sich nur über die Unverschämtheit wundern, mit der Antonioni sich auch noch damit brüstet, daß er die chinesische Gastfreundschaft mißbraucht hat, um gegen den Willen seiner Gastgeber Filmaufnahmen zu machen.**

Der Eindruck, in China herrsche eine Diktatur über die Massen, soll auch dadurch erweckt werden, daß in langen Szenen so getan wird, als würde das chinesische Volk sich nur in Marschkolonnen, im Gleichschritt und auf das Kommando von Trillerpfeifen fortbewegen. Natürlich denkt dieser imperialistische Filmer nicht daran, ein Wort über die Notwendigkeit des kollektiven Aufbaus und der kollektiven Verteidigung des Sozialismus zu sagen.

Stattdessen wird in dem Film behauptet, die chinesischen Werktätigen seien so unterdrückt, daß sie es nicht wagten, ihre „große Pein“ zu zeigen: In der Broschüre „Tückische Absichten, gemeine Tricks“ antworten die chinesischen Genossen: **„Seiner Ansicht nach leidet das chinesische Volk „große Pein“, weil es völlig unzufrieden mit der Realität ist, nur wagt es nicht, dies auszudrücken. Das ist reines Gefasel. In unserem sozialistischen Staat der Diktatur des Proletariats ist das Volk der Herr des Landes. Die politische Situation ist von Vitalität gekennzeichnet. Die breiten Volksmassen genießen eine echte Demokratie und fühlen sich äußerst wohl... „Gepeinigt“ sind nur eine Handvoll Reaktionäre, die sich in dem Wahn wiegen, die Diktatur der Gutsbesitzerklasse und der Kompradorenbourgeoisie in China zu restaurieren.“ (S.9).**

Zu wessen Nutzen dieser Film gedreht wurde, liegt auf der Hand: der Imperialisten und Reaktionäre aller Länder einschließlich der modernen Revisionisten. Antonioni stellt die Tatsachen auf den Kopf, verbreitet Lügen und Entstellungen über die VR China in der vergeblichen Hoffnung, so den weltweiten Drang der Massen zum Sozialismus bremsen zu können. Dieser reaktionäre, imperialistische Angriff auf die VR China wird auf der ganzen Linie scheitern. **Die Arbeiter aller Länder und die unterdrückten Völker werden die Lügen und hinterhältigen Tricks dieses Films zutiefst verachten und ihre Liebe zur Volksrepublik China, dem Bollwerk der Weltrevolution, wird sich nur verstärken.**

Fiete Schulze - Ihnen verhasst - Uns ein Vorbild!

Die Hitlerfaschisten verurteilten ihn wie tausende anderer tapferer Genossen, ohne die Spur eines Beweises als „Mörder“ dreimal zum Tode und ermordeten ihn am 6. Juni 1935 – Genossen Fiete Schulze, Mitglied der KPD, mutiger Kämpfer im Hamburger Aufstand 1923, erbitterter Feind des Kapitalismus und Faschismus.

Das Verfassungsgericht der imperialistischen DBR diffamiert ihn 1974 erneut als „Mörder“. Es wies eine Klage von Fiete Schulzes Tochter zurück, die der „National-Zeitung“ verbieten lassen wollte, Genossen Fiete als „Mörder“ und „Verbrecher“ zu beschimpfen. Lediglich das Schimpfwort „Killer“ sei gegen Genossen Fiete nicht angebracht, befanden die höchsten Bundesrichter.

Rudolf Heß, dieser millionenfache Nazimörder, soll freigelassen werden, dafür macht sich jetzt sogar Bundespräsident Heinemann stark. Der ROTE MORGEN berichtete allein in den letzten 4 Wochen von zwei Fällen, wo ehemalige SS-Schergen auf freien Fuß gesetzt wurden, obwohl sie des mehrfachen Mordes überführt sind.

Genossen Fiete aber, den noch heute die Arbeiter seiner Heimatstadt Hamburg kennen und lieben, Genossen Fiete, diesen unbeugsamen Kämpfer für den Sozialismus, Genossen Fiete, einen der Führer der deutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus, darf heute jeder hergelaufene Lump einen „Mörder“ heißen und sich dabei auf das höchste westdeutsche Gericht berufen.

Dieses „Grundsatzurteil“ ist ein unverschämter Angriff auf die deutsche Arbeiterbewegung, auf den mutigen antifaschistischen Kampf des deutschen Volkes vor 1933. Es ist eine Beleidigung eines der besten Söhne des deutschen Proletariats. Und es beweist: Am bürgerlichen Klassencharakter der Justiz hat sich nicht viel geändert seit 1935, seit der Verurteilung von Fiete Schulze. Damals geiferte Hitlers Staatsanwalt: „Vor uns entstand das Bild eines Mannes, der ... rücksichtslos nur die kommunistischen Interessen verfolgt, dessen Zunge gefährlicher ist als die Kugeln derer, die auf seinen Befehl geschossen haben. Darum muß er sterben... Möge mit diesem Angeklagten der Kommunismus versinken!“ 1974, in einem Prozeß gegen Breschnew-Demonstranten, begründete ein Dortmunder Richter sein Terrorurteil so: „Wir haben es schließlich nicht mit Rockern zu tun, sondern mit Kommunisten.“

„Es gibt kein objektives Strafrecht. Strafrecht ist Kampfrecht!“ sagte der SS-Staatsanwalt 1935 ganz offen. Ein Kampfinstrument der Bourgeoisie ist das bürgerliche Recht, ist die bürgerliche Justiz auch heute. Der Kommunismus, die kommunistische Partei – das ist ihr gefährlichster Gegner, heute wie damals. Denn der Marxismus-Leninismus ist eine Waffe, gefährlicher für die Bourgeoisie als Kugeln. Weil Genosse Fiete Kommunist war, weil er zu den Führern der deutschen Arbeiterbewegung gehört, dessen Andenken unvergessen ist – deshalb hat die bürgerliche Klassenjustiz seine Ermordung durch die Hitlerschergen jetzt nachträglich noch einmal für „Recht“ erklärt.

Um sein Andenken zu beschimpfen, hat die Bourgeoisie Genossen Fiete Schulze zum zweiten Mal verurteilt. Ins gleiche Horn stoßen die modernen Revisionisten der D„K“P: Sie tun Hitlers Staatsanwalt von 1935 den Gefallen: Sie lassen den „Kommunismus versinken“ und vergießen Krokodilstränen über den „aufrechten Demokraten Fiete Schulze“, versuchen, ihn als Pazifisten hinzustellen.

„Mag kommen was will, wir werden die Sieger sein!“ Das waren Fietes letzte Worte vor Gericht. Seinen mutigen Kampf für den Kommunismus kann weder ein bürgerliches Gericht noch die D„K“P verleumden. Genosse Fiete Schulze steht vor unseren Augen als ein Vorbild im Kampf gegen den bürgerlichen Klassenstaat, als ein leuchtendes Beispiel für Treue und Ergebenheit in die Sache der Arbeiterklasse, den Sozialismus.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

München

(Der ROTE MORGEN berichtete bereits ausführlich in den beiden letzten Nummern).

Als das Gericht am Abend des dritten Verhandlungstages seine Akten packt, werden die angeklagten Genossen abgeführt: 3 Tage Ordnungsstrafe, sofort vollstreckbar, für Genossen Uli Enzensberger, 1 Tag für Genossen Werner Lukas, weil sie sich mit ihren politischen Erklärungen direkt an die Zuschauer wandten. 3 weitere Tage Ordnungsstrafe für Genossen Uli, weil er sich weigerte, bei einer Zeugenvereidigung aufzustehen. 200 DM Geldstrafe für eine Zuhörerin, die bei einer Erklärung der Genossen Beifall klatschte. Bei jeder Bewegung im Zuschauerraum fährt der Richter los: „Wer war das? Er soll sich melden!"

Das Gericht rotiert. Ohne Beweise für die „Schuld" der angeklagten Genossen, mit Zeugen, die von den Angeklagten immer wieder der Lüge überführt wurden, nimmt es seine letzte Zuflucht zu Terror, um Kommunisten hinter Gitter zu bringen. Ein Antrag der Genossen auf Aussetzung des Verfahrens, weil sie – rechtswidrig – zensierte Akten zur Vorbereitung auf den Prozeß erhielten, wird ebenso abgelehnt wie ein Befangenheitsantrag. Für den nächsten Verhandlungstag hat der Richter Zeugen geladen, die nicht etwa aussagen sollen zu den Anklagepunkten – „Beleidigung„ eines BMW-Werkschutzmannes – sondern zur politischen Gesinnung der angeklagten Genossen!

Der Prozeß wird fortgesetzt am 19. Juni, vormittags, Justizpalast München.

Kiel

Am 16. 6. machen Genossen in Kiel-Gaarden eine Kundgebung. Der AP-Trupp singt, über Megaphon wird über den Mordanschlag gegen Günter Routhier berichtet. Plötzlich kommt ein Mannschaftswagen mit 6 Polizisten. Sie fragen einen Verkäufer des Roten Morgen, ob er der Leiter des AP-Trupps ist, wollen ihn mitnehmen. Die Genossen eilen ihm zu Hilfe. Da ziehen die Polizisten sofort den Knüppel und schlagen los. Die Schlägerei dauert mehrere Minuten. Es gelingt ihnen aber nicht, einen der Genossen festzunehmen. Sie ziehen sich zurück. Holen Verstärkung. Inzwischen haben sich aber sehr viele Menschen angesammelt, so daß sie nicht mehr angreifen. Es gibt anschließend viele Diskussionen. Eine Reihe Roter Morgen werden verkauft.

Westberlin

Weil er im Prozeß gegen den Genossen Hartmut S. eingriff, als während der Verhandlungspause ein Saalwachtmeister brutal eine Zuhörerin angriff, erhielt vor kurzem ein fortschrittlicher westberliner Rechtsanwalt einen Strafbefehl über 1.500 DM wegen „Widerstand gegen einen Beamten im Dienst."

Bamberg

Bereits zum dritten Mal wurde der Rote Morgen, den Genosse Dieter Kunzelmann bezieht, von der Justizbehörde eingezogen. Auch die „Peking Rundschau" und verschiedene Schriften von Mao Tsetung wurden einbehalten, weil sie „den Anstaltsfrieden stören".

Ostfriesland

Am 5.6. fand ein Ostfriesland-Treff von Kriegsdienstverweigerern (Gruppen aus Emden, Leer, Norden, Aurich und Wittmund) statt. Die Teilnehmer haben in einer Resolution den Polizeieinsatz gegen Genossen der KPD/ML und des VK Bochum bei der Veranstaltung des VK in Bonn verurteilt.

Xanten/Duisburg

Am Pfingstsonntag wanderte eine Gruppe von Duisburger Genossen in der Nähe von Xanten. Unterwegs trafen die Genossen auf ein Zeltlager von Jugendlichen und sammelten dort 9 Unterschriften für den Genossen Sascha. Anschließend gelang es ihnen auch in einem kirchlichen Lager für Kinder und Jugendliche noch einmal, etliche Unterschriften zusammenzubekommen.

Stuttgart

Am 8. Mai erschienen zwei Beamte des Landeskriminalamtes Stuttgart bei Daimler-Benz-Sindelfingen. Sie nahmen Genossen Wolfgang, der dort arbeitet, fest und nahmen ihn mit. Der Genosse wurde erkennungsdienstlich behandelt. Ihm wurden Photos von der Roten Antikriegstagsdemonstration am 2.9.72 vorgelegt, auf denen er angeblich zu sehen sein soll und erklärt, daß er wegen Teilnahme an dieser Demonstration jetzt eine Anklage wegen schweren Landesfriedensbruchs zu erwarten habe.

Erklärung

Im Roten Morgen Nr. 22 berichteten wir unter ' Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz" nach Meldung der bürgerlichen Presse von einer Erklärung des Rechtsanwalts Reinhard, er habe bei einem Versuch, die Genossin Gudrun Ensslin zu besuchen, Geschoßhülsen mitgenommen, um sie einem Mandanten zu zeigen.

Die Rechtsanwälte für die RAF-Gefangenen stellen in einer Erklärung dazu richtig: ' Rechtsanwalt Wolf Dieter Reinhard

1. hatte einen Brief von GUDRUN ENSSLIN erhalten, in dem sie Besuche von ihm grundsätzlich ablehnt, weil sie ihn für einen Provokateur (Dunkelmann) hält.
2. wußte, daß dieser Besuch gar nicht stattfinden kann, weil die Gefangenen grundsätzlich Besuch im Glaskasten ablehnen und abgelehnt haben. Es gab keinen Grund, GUDRUN ENSSLIN Geschoßhülsen zu zeigen.
3. wurde gezwungen, die Mandate niederzulegen, weil die Gefangenen **nach ihren Erfahrungen mit Reinhard** eine Provokation nicht ausschließen können."

für die RAF-Gefangenen

Rechtsanwälte
Coissant, Lang - Stuttgart, Laubscher, Becker, Becker, Haag-Hd. Groenewold, Degenhardt - Hamburg Eschen, Stroebele - Berlin

Berichtigungen

In der Sonderbeilage des Roten Morgen über die Demonstrationen zum Roten 1. Mai ist irrtümlich berichtet worden, daß die ESG Bochum in Dortmund an der Demonstration unter Führung der Partei teilgenommen hat. Vielmehr haben einzelne Mitglieder der ESG an der Demonstration teilgenommen.

Im Roten Morgen Nr. 23 schrieben wir in einem Bericht über den Soldatengenossen Lennart König irrtümlich, daß die „Soldatenfaust" eine Zeitung der KPD/ML bzw. der Roten Garde ist. Das stimmt nicht. Die „Soldatenfaust" ist die Zeitung des Revolutionären Komitees „Soldatenfaust", in dem die Rote Garde aktiv mitarbeitet.

PROTESTRESOLUTIONEN

In der Erklärung der provisorischen zentralen Leitung der Roten Hilfe heißt es unter anderem:

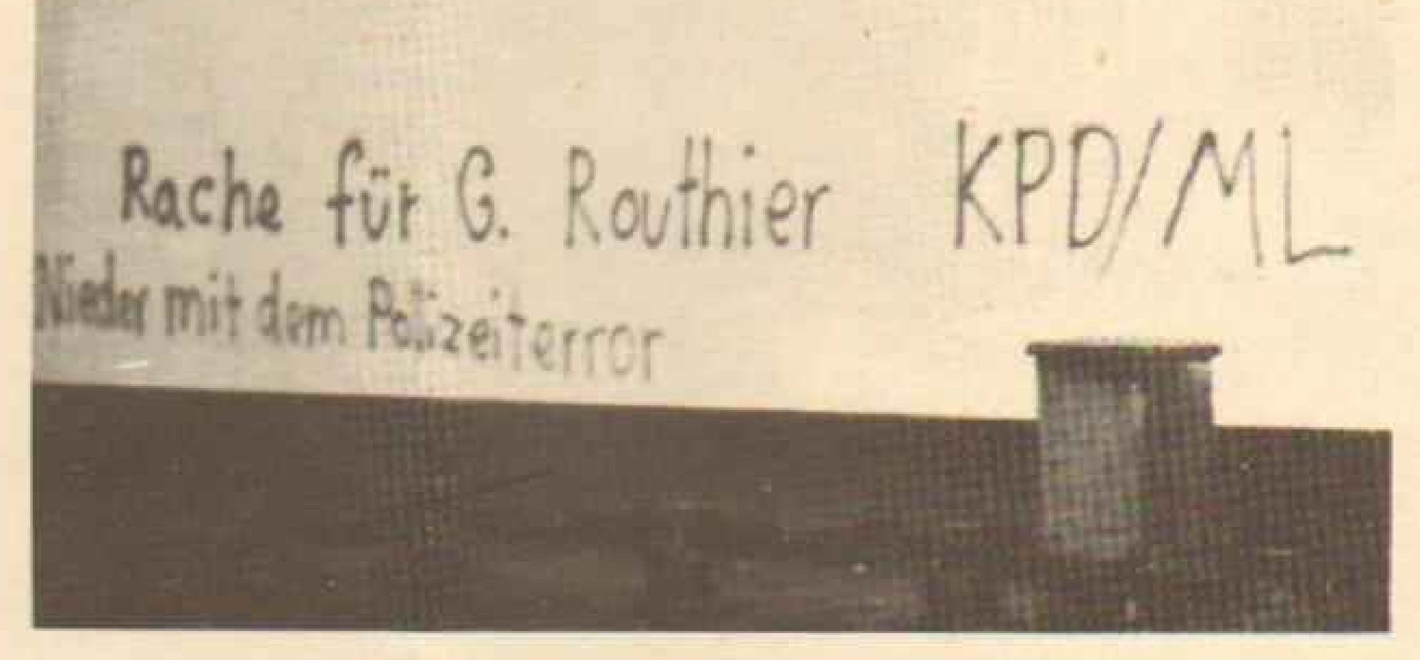
„Es handelt sich um einen bewußten und kaltblütigen Mordanschlag, der wieder einmal beweist: um ihre Interessen zu schützen und durchzusetzen, gehen die Kapitalistenklasse und ihr Staat skrupellos über Leichen. Je mehr sich der Klassenkampf verschärft, umso mehr greift der bürgerliche Staat zum Mittel des faschistischen Terrors.

Der Mordversuch an G. Routhier ist innerhalb weniger Wochen das fünfte derartige Verbrechen. Es steht in einer Reihe mit der Ermordung G. Jendrians durch ein Killerkommando der Polizei, mit der Hinopferung der Marokkanerin Yamina Abdel Yaliki für den Ehrgeiz eines Medizinprofessors, mit dem Mordversuch an Thomas Hytrek in Frankfurt.

Wir rufen alle Arbeiter und Werktätigen, alle fortschrittlichen Menschen in Westdeutschland und Westberlin zum Kampf gegen die Welle des konterrevolutionären Terrors. Die Opfer sind Verpflichtung für jeden zu kämpferischer Solidarität. Sie sind aber auch Verpflichtung, mit aller Entschlossenheit unsre Anstrengungen im Kampf zum endgültigen Sturz der Unterdrückerherrschaft zu vervielfachen. Der Mordanschlag auf G. Routhier zeigt uns wieder: Der konterrevolutionäre Terror kann nur durch die gewaltsame Revolution gebrochen werden.

Die Opfer und ihre Angehörigen werden von der ROTEN HILFE jede mögliche Unterstützung erhalten. Darüberhinaus aber wird auch die ROTE HILFE nicht ruhen, ehe nicht die Unterdrückerherrschaft gebrochen und jedes ihrer Verbrechen gerächt ist."

Eine Solidaritätsadresse erreichte uns am 17. 6. abends auch von der Roten Hilfe Ostwestfalen.



So wie hier in Dortmund werden überall Parolen gemalt.

Spenden für politisch Verfolgte an:
Konto Karin Wagner
Dresdner Bank, Zweigstelle 46 Dortmund, Borsigplatz, Kto Nr. 81355107

SPENDENKONTO DER ROTEN HILFE:
Held, Stadtsparkasse Gelsenkirchen
Girokto Nr.: 222086335

ESG BOCHUM

Die ESG Bochum ist informiert worden, daß bei dem Arbeitsgerichtsprozeß in Duisburg zwischen dem entlassenen Mannesmannarbeiter Brenner und Mannesmann am 5. 6. 1974 Günter Routhier als Zuhörer lebensgefährlich verletzt wurde.

Wir protestieren aufs schärfste gegen diesen brutalen Polizeieinsatz, bei dem Zuhörer einer öffentlichen Arbeitsgerichtsverhandlung terrorisiert werden. Empört sind wir über die wissentliche und kaltblütige Inkaufnahme des Todes dieses Mannes, ein Vorgehen, daß an die Methoden in faschistischen Ländern wie Chile, Spanien, Griechenland, Türkei, Persien usw. erinnert. Angesichts der sich häufenden Gewaltanwendung mit Todesfolgen seitens staatlicher Organe – allein in den letzten Wochen gegen den Frankfurter Schüler Thomas Hytrek und den Münchner Taxifahrer Günther Jendrian – fordern wir alle wirklich antifaschistischen Kräfte in diesem Land, unabhängig ihrer politischen Differenzen, auf, zum vereinten Protest gegen die verschärfte politische Unterdrückung.

ORGANISATION GRIECHISCHER MARXISTEN–LENINISTEN

Die Organisation Griechischer Marxisten-Leninisten sieht in dem faschistischen Akt der Polizei in Duisburg gegen den Genossen Günter Routhier einen weiteren Versuch, die antifaschistischen und antiimperialistischen Kräfte des Landes, die in ihrem konsequenten Kampf gegen Faschismus, Imperialismus und Revisionismus von der KPD/ML geführt werden, einzuschüchtern. Unsere Erfahrung hat gezeigt, daß der konsequente Kampf gegen die Feinde des Volkes, getragen von der KPD/ML, die einzige Antwort ist auf solche faschistischen Anschläge. Die Organisation Griechischer Marxisten-Leninisten solidarisiert sich fest mit den kämpfenden Genossen der KPD/ML und dem betroffenen Genossen Günter Routhier, und will den Genossen versichern, daß sie, wo sie es kann, diesen Kampf tatkräftig unterstützen wird, denn der Kampf ist ein gemeinsamer Kampf. So wie in mehreren Fällen die KPD/ML unseren Kampf unterstützt, ist es auch unsre internationalistische Pflicht, ihr beizustehen.
Wir lassen uns nicht einschüchtern!

Hamburger Hausbesetzer bis heute in U-Haft

Siegfried Werber und Peter Fröhlich wurden bei der Räumung des besetzten Hauses Eckhofstraße 39 in Hamburg am 23.5.73 durch das "Mobile Einsatzkommando" der Polizei festgenommen und sitzen seitdem in Untersuchungshaft. Erst 6 Monate nach ihrer Verhaftung fand der Prozeß vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Hamburg statt. Peter Fröhlich wurde zu einem Jahr und 2 Monaten, Siegfried Werber zu einem Jahr und 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Obwohl die Urteile nicht rechtskräftig waren, sind beide bis heute in Untersuchungshaft. Das Oberlandesgericht hat laut einer Pressemitteilung der Rechtsanwälte Groenewald und Degenhardt erklärt, Peter Fröhlich wegen seiner "rechtsfeindlichen Gesinnung" solange in Haft zu halten, bis ' kein Strafrest mehr zu vollstrecken ist.' Das ist nichts anderes, als ein offenes Eingeständnis der bürgerlichen Klassenjustiz, daß die Untersuchungshaft ein Mittel ist, um Revolutionäre ohne rechtskräftiges Urteil oder auch ohne Prozesse wie bei den Genossen der RAF, monate- und jahrelang in Haft zu halten.

Die Untersuchungshaft von Siegfried Werber ist seit September 1973 dadurch verschärft worden, daß er von allen anderen Gefangenen isoliert wurde. Gegen ihn wurde Einzelhaft, Einzelhofgang und Ausschluß von sämtlichen Gemeinschaftsveranstaltungen verhängt. Siegfried Werber", heißt es in der Pressemitteilung, "wurde damit denselben Maßnahmen ausgesetzt, die auch gegen die Gefangenen der RAF und des SPK verhängt werden, mit dem Ziel, die Lebenskraft der Gefangenen zu zerstören. Diese Maßnahmen haben den Charakter der Folter.

Seit Mai dieses Jahres wird Werber einmal wöchentlich zum gemeinsamen Fernsehen und zweimal wöchentlich zum Gemeinschaftshofgang zugelassen. Sein Verhalten in der Gemeinschaft soll ' erprobt" werden (Landgericht Hamburg). Ihm wird mit erneuter verschärfter Isolierung gedroht, wenn er den Versuch macht, andere Gefangene zu agitieren.

Der dosierte Kontakt zu anderen Gefangenen ist also keine wirkliche Lokkerung, sondern ein weiterer Versuch, den Gefangenen zu disziplinieren.

Der 'Hausbesetzer' Karl-Heinz Dellwo, der während der Untersuchungshaft ebenfalls systematisch isoliert worden ist, ist am 31. Mai, 6 Tage vor Ablauf der gegen ihn verhängten Strafe, aus der Haft entlassen worden. Der Haftbefehl wurde aufgehoben, 'weil die weitere U-Haft zu der zu erwartenden Strafe außer Verhältnis stehen würde'. Nach einem Jahr Untersuchungshaft kann diese Begründung nur als reiner Zynismus begriffen werden."

Sofort durch die Tür geschossen

Am Mittwoch, den 12. 6. überfielen in Hamburg 120 Zivilbeamte ein Haus am Fischmarkt, in dem hauptsächlich Afrikaner wohnen. Sie umzingelten das Haus und drangen durch Türen und Fenster in die Wohnungen ein. Angeblich suchten sie nach Sprengstoff. Als bei einer Wohnung die Bewohner, erschreckt über die Bewaffneten vor der Tür, die Wohnungstür wieder zuschlugen, schossen die Beamten sofort durch die Tür. Mehrere Bewohner mußten sich mit dem Kopf zur Wand stellen mit erhobenen Händen – wie Schwerstverbrecher. Die Wohnungen wurden durchsucht und auch Leibesvisitationen wurden durchgeführt. 5 Hausbewohner wurden einfach abgeführt.

Trotz schwerer Bewaffnung und großer Überzahl hatten die Beamten unheimliche Angst. Ihnen war offensichtlich eingeredet worden, es befände sich tatsächlich Sprengstoff im Haus. So wurde einer, der eine brennende Zigarette in der Hand hatte, angeschrien: „Mach sofort die Zigarette aus!" Es ist eine bekannte Methode der Bourgeoisie, die Beamten vor Einsätzen aufzuhetzen, damit sie noch brutaler, noch rücksichtsloser gegen die Bevölkerung vorgehen, um die Menschen einzuschüchtern.

Polizeiüberfall auf RM-Verkäufer

Am Langenhorner Markt in Hamburg, wo die Partei regelmäßig einen Stand hat, erschien am letzten Sonnabend plötzlich ein Polizist und verlangte von einem Genossen ohne Angabe von Gründen seinen Ausweis. Als der Genosse sich weigert, soll er mit auf die Wache kommen. Als der Genosse das ablehnt, wird er von hinzugekommenen Beamten zusammengeschlagen. Die anderen Genossen versuchen ihm zu Hilfe zu kommen. Fünf Polizisten führen ihn schließlich ab. Die Bevölkerung, die das sieht, ist empört: „Laßt ihn in Ruhe, er hat doch nichts getan!" „Wie unter Hitler!" „Schweine!" „Die müssen wir auch noch bezahlen!"

Ohne Vorwarnung erfolgt dann der zweite Überfall. 12 Polizisten gehen auf einen Genossen zu, der vorher den anderen Genossen besonders verteidigt hatte, legen ihm Handschellen an und führen ihn ab. Ebenfalls festgenommen wird ein Genosse, der zu Hilfe eilen will, ein RM-Verkäufer sowie ein Passant, der das Ganze photographieren will. Die Genossen werden auf das Revier 48 gebracht, das besonders berüchtigt ist: schon einmal wurde dort einer die Kellertreppe runtergeworfen, so daß er ins Krankenhaus mußte.

Die Empörung der Menschen auf dem Marktplatz hält noch lange an. Lebhaft wird mit den Genossen der Partei über das unerhörte Vorgehen der Polizei diskutiert.

Faschistischer Anschlag auf albanische Botschaft in Rom

Am 21. Mai wurde ein faschistischer Anschlag auf die Botschaft der Volksrepublik Albanien in Rom verübt. Im Hof des Botschaftsgebäudes explodierte eine Bombe, die wertvolles Material zerstörte. Nur durch Zufall erlitten die Angehörigen der Botschaft, die ihrer Arbeit nachgingen, keinen Schaden. Während der Aufräumungsarbeiten wurden weitere drei Bomben entdeckt.

Das ist nicht der erste Anschlag auf die albanische Botschaft in Rom. Besonders im letzten Jahr häuften sich solche Angriffe und Provokationen. Es wurden beleidigende Parolen an die Wände der Botschaft geschmiert, ja, es kam sogar zu physischen Angriffen auf Angehörige der Botschaft in der italienischen Hauptstadt.

Noch am 21. Mai hat das albanische Außenministerium dagegen protestiert. In einer Note, die der italienischen Botschaft in Albanien übergeben wurde, heißt es unter anderem:

Die Regierung der Volksrepublik Albanien protestiert gegenüber der italienischen Regierung energisch gegen das schwere Verbrechen an der Volksrepublik Albanien und ihren Menschen...

Die Regierung der VR Albanien hält es für notwendig, zu betonen, daß dieser letzte Angriff gegen den Sitz der albanischen Botschaft in Rom weder ein Zufall ist noch allein dasteht...Die albanische Regierung hat schon seit langem die Aufmerksamkeit der italienischen Regierung auf Tatsachen gelenkt, daß sie diese bedeutsamen Vorfälle entweder selbst organisiert oder duldet und auf die Verantwortung hingewiesen, die sie damit für die entstehenden Konsequenzen trägt.

Es muß besonders betont werden, daß trotz der ständigen Warnungen und Forderungen der albanischen Regierung, die italienische Regierung nicht die notwendigen Maßnahmen getroffen hat, um solche Vorfälle und Provokationen zu verhindern und so das Leben der Botschaftsangehörigen zu verteidigen und eine normale Botschaftstätigkeit in Rom zu gewährleisten... Die albanische Regierung fragt: Ist die italienische Regierung aufrichtig für die normale Entwicklung dieser Beziehungen (zwischen Albanien und Italien – RM) oder hat sie vor, solche Zustände aufrechtzuerhalten, die die Faschisten und andere dunkle Kräfte in Italien ermutigen, die keine Entwicklung von guten nachbarlichen Beziehungen zwischen Italien und Albanien wollen und fortgesetzt feindliche und verleumderische Kampagnen gegen die Volksrepublik Albanien organisieren und dabei so weit gehen, provokative und terroristische Akte gegen seine Botschaft zu verüben?

Die albanische Regierung weist noch einmal auf den schwerwiegenden und bedrohlichen Charakter des terroristischen Anschlags vom 21. Mai gegen die albanische Botschaft in Rom hin, appelliert an die Verantwortung der Regierung der italienischen Republik für die Sicherheit der Angehörigen der Botschaft der VR Albanien und den normalen Ablauf der Botschaftstätigkeit und forderte strenge Bestrafung der Schuldigen sowie die Anordnung von Maßnahmen, die garantieren, daß sich solche Angriffe in Zukunft nicht wiederholen. Die albanische Regierung erwartet, daß die italienische Regierung sie so bald wie möglich über die getroffenen Maßnahmen informieren wird und behält sich das Recht vor, andere Schritte zu unternehmen, die sie für notwendig hält."

Als dieser Anschlag auf die albanische Botschaft bekannt wurde, fanden im ganzen Land Versammlungen statt, auf denen sich die Arbeiter und Bauern hinter diese scharfe Protestnote ihrer Regierung stellten. Aber auch aus Italien selber erreichten die albanische Botschaft eine Reihe von Protestschreiben, die diesen terroristischen Anschlag gegen das albanische Volk verurteilten. Unsere Partei hat ebenfalls mit einem Telegramm gegen diesen faschistischen Anschlag protestiert.

Fussballweltmeisterschaft:

"Die glauben noch, die Bundesrepublik wäre ein Polizeistaat!"

Verhaftungen, Festnahmen, Abschiebungen: in Hamburg stürmen rund 120 Polizisten nachts ein Wohnhaus und schießen, als ein Bewohner erschrocken die Tür zuschlägt, durch die geschlossene Tür (Meldung Seite 7). Pressebilder, auf denen im Hintergrund trainierende Fußballstars, aber im Vordergrund Polizisten mit umgehängten Schnellfeuergewehr zu sehen sind. Zuschauer, die sich ein Spiel der WM ansehen wollen, müssen vor Betreten des Stadions die Hände hochnehmen und sich wie Schwerverbrecher durchsuchen lassen.

Der Frankfurter Polizeidirektor nennt das „Verhinderung des Eindringens von Gegenständen in das Innere des Stadions, die angriffsweise verwendet werden können". Ein Fußballfunktionär allerdings befürchtet: **„Die Ausländer glauben schließlich noch, die Bundesrepublik wäre ein Polizeistaat."** Was sollen jene chilenischen Kollegen, die in der Bundesrepublik leben, weil sie vor der Faschistenjunta fliehen mußten, denn sonst glauben, nachdem ihnen für die Zeit der Weltmeisterschaft die Auflage gemacht worden ist, sich täglich bis zu 3 Mal bei der Polizei zu melden. Ihre Aufenthaltserlaubnis soll erlöschen, wenn sie auch nur einen der Termine versäumen.

So droht der Bochumer Oberstadtdirektor einem chilenischen Kollegen: „Sollte ihre Aufenthaltserlaubnis nach ... dieser Verfügung erlöschen, halten sie sich unerlaubt im Bundesgebiet auf (§ 12, Abs. 1, Ausl.G.). **Für diesen Fall drohe ich ihnen hiermit die zwangsweise Abschiebung an. Außerdem werde ich Sie bei Nichtbefolgen der Auflagen und Bedingungen sofort festnehmen und dem Polizeigewahrsam zuführen lassen, um ihre Abschiebungshaft gemäß § 16, Abs. 1 oder 2 AuslG beim zuständigen Amtsgericht zu beantragen."** Begründet werden diese Maßnahmen in dem Schreiben wie folgt: „Die Anordnung ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung während der Dauer der Fußballweltmeisterschaft dringend erforderlich."



WM im Jahre 1974 – Training der Holländer auf dem Platz des Bezirksklassen-Vizemeisters SuS Hiltrup im Schutze von deutschen Gewehren

"Im Schutze deutscher Gewehre" - von solchen und ähnlichen chauvinistischen und militaristischen Slogans wimmelt es in den Sportteilen.



"Hände hoch" - wie Verbrecher müssen sich Besucher der Fußballweltmeisterschaftspiele durchsuchen lassen.

Daß es um die Aufrechterhaltung von „Sicherheit und Ordnung" geht, ist sicher richtig. Aber wessen Sicherheit und Ordnung sollen hier mit diesen faschistischen Methoden aufrecht erhalten werden? Hier geht es nur vordergründig um die Fußballweltmeisterschaft. Hier soll die Begeisterung der werktätigen Menschen für den Fußballsport ausgenützt werden, um die Faschisierung des Staatsapparates voranzutreiben, durch die die Kapitalistenklasse ihre Sicherheit und ihre Ausbeuter- und Unterdrückerordnung aufrecht erhalten will. Sie trommeln, es ginge um den Sport, den wir alle lieben, um in Wirklichkeit zu versuchen, die Werktätigen an allerdings polizeistaatliche Zustände zu gewöhnen.

„Ich muß immer wieder an diese Bilder von dem Attentat an den israelischen Kindern und dem Bombenanschlag in Rom denken. Hoffentlich bleibt uns so etwas erspart", sagt der Vorsitzende des WM-Sicherheitsausschusses in München, Haimerl. **So wird gehetzt, so soll plausibel gemacht werden, daß bei einer Fußballweltmeisterschaft fast genau so viel von „Mobilen Einsatzkommandos" die Rede ist wie von Flanken und Torschüssen.** „Chaoten bedrohen die Weltmeisterschaft", wußte die SZ am 31. 5. zu berichten. Und Haimerl schwärmt von der „Überwachung", „Überprüfung" und „Observierung" aller „verdächtigen Personen".

„Verdächtige Person" – das heißt verdächtig, ein Gegner der Kapitalistenklasse, Kämpfer für die sozialistische Revolution, Kommunist zu sein. Das Kapital mobilisiert seine Bürgerkriegstruppen. Die Polizei aller Bundesländer ist einem zentralen Kommando unterstellt worden. „Bild" jubelt am 7. 6. über einen neuen Hubschrauber der Polizei in NRW und schreibt: „Der 1,2 Millionen Mark teure Helikopter hat für die Polizei entscheidende Vorteile: Er kann beispielsweise 8 Mann der Anti-Terror-Gruppe mit voller Ausrüstung befördern."

Es ist illusionär zu glauben, nach 3 Wochen WM sei alles vorbei. Mit der Verschärfung der Klassenkämpfe, mit dem Anwachsen der revolutionären Bewegung verschärft die Bourgeoisie ihre Faschisierungsmaßnahmen, um durch die Errichtung einer offen terroristischen, faschistischen Diktatur ihre Herrschaft vor der proletarischen Revolution zu retten.

Günther Jendrian, Nesset Danes, Thomas Hytrek, Günter Routhier – für die Kapitalisten und ihren Staatsapparat soll das erst der Anfang sein. Nur die gewaltsame proletarische Revolution kann diesem Terror ein Ende bereiten.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD: Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr.

BREMEN: Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Sa 9 – 13 Uhr.

DORTMUND: Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/41 13 50. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HAMBURG: Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HANNOVER: Elisenstr. 20.

KIEL: Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74 762. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

LÜBECK: Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MANNHEIM: Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 – 18.30 Uhr, Do: 16.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MÜNCHEN: Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

STUTTGART: Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

WESTBERLIN: Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 462 60 18 Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr.